

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags ausser dem... Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen...

Die wichtigsten Kampfschlüsse über den Krieg... Es ist eine Binsenwahrheit, daß man einem Angriff mächtiger Gegner nicht mit Wortproleten oder leeren Drohungen...

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die deutschnationale Korruption

### Die gefälschte Erklärung — Die Korruption in den Finanzämtern

Die deutschnationale Lüge von der Entstehung der Korruption durch die Republik hat einen vernichtenden Schlag erlitten. Die Enthüllungen, die der Reichsfinanzminister Wirth in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages am Donnerstag an Hand der Akten über den Fall Kerkhoff vortrug, waren so eindringlich, daß selbst die großen Mäuler der deutschnationalen Führer, Helfferich, Westarp, Hergt und Schulz, die alle zur Rettung ihres Parteifreundes Kerkhoff herbeigeeilt waren, ganz klein wurden.

Im Anfang seiner Rede wies der Finanzminister Wirth darauf hin, daß er erst die Akten im Falle Kerkhoff studiert habe und nun dem Ausschuss ein vorläufiges Bild unterbreiten wolle. Das Finanzamt Bohwinkel habe eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, daß „auf Grund eingehender Ermittlungen festgestellt sei, daß eine Steuerhinterziehung nicht vorliegt.“ In dem eingehenden Bericht des Landesfinanzamts Düsseldorf, das das Strafverfahren gegen den Kerkhoff zwar auch eingeleitet habe, werde aber als Begründung dafür angeführt: „Da eine Steuerhinterziehung trotz mancherlei Unklimmigkeiten nicht nachgewiesen werden konnte.“ Jeder werde zugeben, daß zwischen dieser Feststellung des Landesfinanzamts Düsseldorf und der des Finanzamts Bohwinkel ein auffällender Gegensatz besteht.

Das Vorgehen des Finanzamts Bohwinkel erscheine ihm deshalb zum mindesten als voreilig. Nach Meinung des Ministers konnte das Finanzamt Bohwinkel keinesfalls dazu berufen sein, eine solche unbedingte Erklärung abzugeben, ohne daß die Sache in ihrem ganzen Umfange und in dem ganzen Fragenkomplex genügend klargestellt und untersucht worden ist. Es sei nämlich nötig zu sagen, daß gegen den Abg. van den Kerkhoff noch ein zweites Verfahren wegen Beihilfe der Steuerhinterziehung schwebt.

Allerdings müsse er erklären, daß die bisherigen Ermittlungen Belastendes nicht ergeben haben, doch habe er auch noch nicht alles prüfen können.

Aber schon jetzt habe er gewisse „Unklimmigkeiten“ festgestellt. Bei Nachprüfung der Steuerakten habe sich ergeben, daß Akten auf unbegreifliche Weise abhanden gekommen seien.

Solche Aktenabhandlungen werden an drei Stellen des Berichts vermerkt.

Erstens fehle die Einkommensteuererklärung Kerkhoffs aus dem Jahre 1919, sie sei auf bisher unauflösbare Weise verschwunden. Zweitens behaupte Kerkhoff einem Steuerfiskus wichtige Geheimbücher und Steuererklärungen gegeben zu haben. Auch diese seien nicht mehr vorhanden, wie auch drittens die gesamten Akten über die Berufungsverhandlungen spurlos verschwunden sind. Eine große Zahl von Punkten habe sich deshalb auf Grund des Fehlens der Akten nicht aufklären lassen.

Andere Schwierigkeiten beruhen auf der Verweigerung von Auskünften durch Kerkhoff.

Die zur Aufklärung der Tatsachen unbedingt notwendig seien. Im Bericht des Landesfinanzamts Düsseldorf werde darüber bemerkt: „Der Abg. van den Kerkhoff will angeblich Geschäfte gemacht haben mit Herren, deren Namen er nicht nennen wolle, denen er aber Geld gegeben habe. Diese Geschäfte sollen angeblich stets vorläufig abgeschlossen gewesen sein. Eine Aufklärung der Verluste könnte jedoch nicht erfolgen, da Kerkhoff alle Angaben von Namen verweigert.“ Es fragt sich nun, ob die Behörde durch rasches Eingreifen die Sachlage hätte klären können. Bekanntlich mußte die Immunität beibehalten, das beschlagnahmte Material herausgegeben werden, bevor es zur Einstellung der Tatsache behördlicherseits durchgegangen werden konnte.

Zu diesem Zwecke wurde auch seinerzeit ein Geldschein in den Händen des Herrn van den Kerkhoff amtslich verbleiben, dessen Siegel aber Herr van den Kerkhoff eigenmächtig entfernt, trotz des ausdrücklichen Hinweises des Landesfinanzamts Düsseldorf, daß nur der Untersuchungsrichter das Recht habe, dies Siegel zu entfernen. Dem Landesfinanzamt Düsseldorf war es zurzeit nicht möglich, die Sache von den Kerkhoff in genügender Weise aufzuklären. Das Landesfinanzamt bemerkt in seinem Bericht, daß ein weiterer Grund des Nichtzustandekommens einer völligen Aufklärung in gewissen durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen lag, die es dem Abgeordneten van den Kerkhoff mit Rücksicht auf die Beteiligten verboten, alle Namen zu nennen. In seiner Eigenschaft als Direktor der Aktiengesellschaft „Krone“ ließ nämlich van den Kerkhoff in seinen Geheimbüchern, von denen auch ein Teil verschwunden ist, Posten vermerken, die nach der Angabe von den Kerkhoffs sogenannte Vergütungen darstellen, die er im Interesse seiner Aktiengesellschaft hätte zahlen müssen, um Kapital zu bekommen. (Vgl. hierzu: Schmirer, Geld der) Derartige Posten oder Beschlagnahmungen findet man an vielen Stellen. Die Rennung der Empfänger wird regelmäßig verweigert. So weit der Bericht. Der Hauptausgangspunkt wird es mir hiernach nicht verargen können, wenn ich mich anherstehende erkläre, die von dem Abg. Schulz-Grambra (Deutschnat.) gegebene Erklärung für den Abg. van den Kerkhoff (Deutschnat.) abgegeben. (Sehr richtig!) Im Gegenteil halte ich es für

meine Pflicht, im Einvernehmen mit dem preussischen Finanzminister und mit dem preussischen Justizminister eine Nachprüfung dieser Ausgabenposten des Abg. van den Kerkhoff durch die Staatsanwaltschaft nach vornehmen zu lassen.

Selbstverständlich beruhe es den Finanzminister sehr schmerzhaft, daß derartige Posten selbst vom Finanzamt Düsseldorf nicht aufgestellt werden konnten. Es handele sich hier aber nicht mehr lediglich um die Sache Kerkhoff, sondern

die ganze Wirth hat auch eine politische Seite.

Die Rede des Abg. Helfferich (Deutschnat.) in München vom 27. Januar zwinge ihn zu einer Stellungnahme in dieser politischen Frage. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Helfferich hat nämlich in dieser Münchener Rede ausgeführt: „Früher galt über allem Zweifel erhaben die Integrität einer politischen Persönlichkeit — heute Eraberger. Wenn das schon oben so aussieht, so könne man sich nicht wundern, daß auch die Korruption nach unten durchdringt.“

Der Reichsfinanzminister fragte nun den Abg. Helfferich: Wo haben die Korruptionsercheinungen begonnen? Ist es nicht, wie es die Posten in der Sache Kerkhoff beweisen, im Kriege geschehen, daß die Korruption um sich gegriffen hat? Die Schmirgel werden mehrfach mit der Bismarck des Kriegsgewinnes entschuldigt. Er, der Minister, wolle sich über die Sache nicht weiter auslassen, aber er könne versichern, daß er, soweit er die Korruption im Rahmen seines Amtes etwa antreffen sollte, sie mit aller Energie und allen erdenklichen Mitteln ausmerzen würde.

Abgeordneter Helfferich: Auch er müsse zugeben, daß das Verbot des Landesfinanzamts Düsseldorf sich nicht decke mit der „Ehrenerklärung“ des Finanzamts Bohwinkel. Zur Entfernung der Siegel am Geldschrank, die unter Bruch der Abgeordnetenimmunität angebracht worden seien, habe Kerkhoff sich für berechtigt gehalten. Er (Helfferich) müsse allerdings zugeben, daß auch das ein formeller Verstoß gewesen sei. Aus dem Vermerk in den Akten über das Abhandenkommen von Akten gehe aber noch nicht hervor, daß das unter Kerkhoffs Einwirkung oder Mitwirkung geschehen sei. Zur politischen Seite erklärte Helfferich, er habe die Korruption schon während des Krieges bemerkt und ihr entgegengetreten (!). Auch jetzt bekämpfe er sie. Die vom Finanzminister erwähnte weitere Besprechung mit ihm habe nicht stattgefunden. Die deutschnationale Fraktion werde sich mit dem Fall Kerkhoff beschäftigen.

Nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß der Ausschuss in einer früheren Sitzung einstimmig die Stellungnahme des Ministers in der Angelegenheit Kerkhoff verurteilt habe, erklärt der Finanzminister Wirth, die von Helfferich erhobenen Vorwürfe wegen vorzeitiger Behandlung der Angelegenheit hier im Ausschuss für unbegründet. Er habe die deutschnationale Fraktion vorher unterrichtet, wie er stets die Fraktion des betreffenden Abgeordneten benachrichtigen werde. Er sei auch bereit gewesen, die Erörterung der Angelegenheit etwas zurückzustellen. Er habe aber durchaus noch nicht alle Unklaren ausgeschöpft. Am 30. Dezember habe in Düsseldorf im Landesfinanzamt unter Hinzuziehung des Präsidenten des Finanzamts Bohwinkel, Regierungsrats Kaufmann, eine Besprechung stattgefunden. In der Niederschrift, die der Präsident des Finanzamts Bohwinkel gemacht habe, werde die Einstellung des Verfahrens gebilligt, weil die Absicht der Steuerhinterziehung nicht nachweisbar sei. Aus dieser negativen Erklärung habe Regierungsrat Kaufmann am 31. 12. die politische Ehrenerklärung gemacht, für die die Deutschnationalen seine (Wirths) Anerkennung gefordert hätten! Der Präsident des Finanzamts Bohwinkel habe also die Erklärung in einem ganz anderen Sinne abgegeben, als sie verurteilt worden sei.

Abg. Andre (Z.): Daß die geschlossenen Akten Esbergers straplos im politischen Kampfe von deutschnationaler Seite unter Führung des Abg. Dr. Helfferich verwendet worden sind, ist politische Korruption. Im Falle des Deutschnationalen v. d. A. sind folgende Akten verschwinden. 1. Die von ihm gefertigten Geheimbücher. 2. Die Steuererklärungen v. d. A.'s vom Jahre 1919. 3. Akten aus dem Berufungsverfahren. 4. Akten über die Abgabe von Vermögenszuwachs. — Dazu kommen die Entfernung des Siegels vom Geldschrank und die umfangreiche Verwendung von Schmiergeldern, um für seine Gesellschaft Aufträge zu erlangen. Das ist ein besonderer Korruptionsfall. Die Angelegenheit muß restlos aufgeklärt werden, auch die höchst eigenartige Ehrenerklärung des Finanzamts Bohwinkel. Hoffentlich schließt die Immunität den Abgeordneten van den Kerkhoff nicht weiter, um das notwendige Verfahren durchzuführen.

Abg. Dr. Vachnide (Dem.): Es liegen Umstände vor, die in ihrem Zusammenhang und ihrer Häufung so geartet sind, daß eine Aufklärung dringend nötig erscheint. Hat der Präsident des Finanzamts Bohwinkel aus eigenem Antrieb oder auf Wunsch Dritter gehandelt?

Abg. Kurlage (Z.): Ein endgültiges Urteil ist jetzt noch nicht möglich. Würde es sich allerdings um Eraberger handeln, so würde zweifellos in manchen deutschnationalen Blättern dem Gerichtsurteil vorgegriffen werden. Es wäre eine heillose Verleumdung und sanktionierte Unwahrheit, wenn behauptet würde, daß diese Beamten erst durch die Demokratie korruptiert worden seien.

Abg. Hoch (Soz.): Die Deutschnationalen haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn der Fall van den Kerkhoff zu einem politischen Skandal geworden ist. Reiten doch gerade die Deutschnationalen im Lande herum und beuten den Fall Eraberger mit Entrüstung über die Korruption aus, die angeblich allein aus der Revolution entstanden ist.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

## Irrwege

Es ist eine Binsenwahrheit, daß man einem Angriff mächtiger Gegner nicht mit Wortproleten oder leeren Drohungen, sondern nur mit realen Machtfaktoren, gestützt auf starke Nachpositionen, begegnen kann. Aus diesem theoretisch unansehnlichen Satz werden in der gegenwärtigen Situation auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken zweierlei Folgerungen gezogen: die Deutschnationalen drohen mit dem Schwert und erklären den Versailler Friedensvertrag als nicht bestehend; und die Kommunisten propagieren erneut ein Schuß- und Trugbündnis mit Sowjetrußland und stellen Enver Pascha mit seinem Kampf gegen die Entente als Muster eines einsichtigen Politikers vor der deutschen Bourgeoisie auf.

Sehen wir uns die Parolen an, die uns von den Katastrophepolitikern rechts und links geboten werden. Es unterliegt keinem Zweifel: Die Deutschnationalen und die ihr verbündete Deutsche Volkspartei wollen den Krieg mit der Entente. Sie betrachten dieses Mittel als den einzigen Weg zur Befreiung des Versailler Friedensvertrages und zur Aufrichtung der unbeschränkten Macht der bestehenden Klassen. Weil sie dieses Ziel im Auge haben, schüren sie mit allen Mitteln den nationalen Haß gegen Frankreich und die andern Mächte der Entente und bieten alle Mittel der Lüge und des Betruges auf, um durch Sabotierung der Entwaffnungsbedingungen die Waffen gegen die arbeitenden Klassen und gleichzeitig die Kadets und organisatorischen Vorbereitungen für die künftige „Volkarmee“ gegen die „feindlichen Bedrücker“ in der Hand zu behalten. Sie sind aber viel zu gerissen, um schon heute zum bewaffneten Kampf gegen die Entente aufzurufen. Sie wissen, daß die militärischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse für einen solchen Kampf viel zu ungünstig liegen, als daß bei einer Erhebung etwas anderes herauskäme, als eine fürchterliche Katastrophe, bei der die Anstifter Hals und Kragen verlieren würden.

Nichtsdestoweniger ist das Treiben der Rechtsparteien nicht nur innerpolitisch eine ungeheure Gefahr, es schafft auch fortgesetzt neue Komplikationen mit den gegenwärtigen Mächten, erschwert die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Entscheidungsfragen, stärkt die militaristische Richtung in den Ententeländern und verschärft so die politische und wirtschaftliche Krise, unter der das deutsche Volk zu leiden hat. Die patentierten Patrioten, die nicht laut genug über den „Schandfrieden“ von Versailles und die „Erdölung der Front“ durch die Revolution schreien können, sie sind es, die durch ihre Haltung in der Entwaffnungsfrage, durch ihre Sabotage der Steuererhebung, durch ihre nationalstiftliche Revanchehetze usw. die Bedingungen des Versailler Friedens immer mehr verschärfen und dem arbeitenden Volke in den Rücken fallen.

Schafft das Treiben der reaktionären Parteien, denen nicht scharf genug entgegengetreten werden kann, immer neue Gefahren für das Dasein der arbeitenden Klassen und des ganzen Volkes, so ist die Illusionspolitik der äußersten Linken nur zu sehr geeignet, durch Vortäuschung falscher Tatsachen, durch Ablenkung des Blickes von den realen Machtverhältnissen die innere Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu zerstören und sie auf die Bahn einer gefährlichen Katastrophepolitik zu drängen. Ein charakteristisches Beispiel für die Politik ist die Haltung, die die kommunistische Partei gegenwärtig in der Reparationsfrage eingenommen hat. Ihr offizieller Redner, Paul Levi, hat, ebenso wie vorher die kommunistische Presse, im Reichstage als einziges Heilmittel das politische und wirtschaftliche Bündnis mit Sowjetrußland gepriesen. Auch unsere Partei tritt stets und unablässig für ein solches Bündnis ein. Aber die Art und Weise, wie die Kommunisten diese Parole propagieren, läuft soeben Enten auf eine Phrase oder auf ein Gaukelspiel hinaus. Was bedeutet es, wenn Dr. Levi Sowjetrußland als jene Kraft preist, die heute die Unterdrückten der ganzen Welt sammelt und führt? Was bedeutet es, wenn er die deutsche Regierung dazu animiert, mit Sowjetrußland in Verbindung zu treten, um es als Karte im Spiele gegen die Entente auszuspielen? Was bedeutet es endlich, wenn er der deutschen Bourgeoisie den Armenierführer Enver Pascha als Muster vorführt, der, gestützt auf Sowjetrußland, den nationalistischen Zustand in der asiatischen Türkei organisiert hat? Bedeutet es den Krieg gegen die Entente? Das wollen die Kommunisten nicht wahr haben, denn die „Rote Fahne“ erklärt offiziell, daß sie nicht den Krieg gegen die Entente propagieren. Nur in einem Fall wollen die Kommunisten „das Schwert ziehen“, und zwar dann, wenn die Anarische der Entente auf die deutsche oder eine verbündete Räterepublik sie dazu zwingen.

Was kann man mit einer solchen Parole heute anfangen? Und was soll man von Politikern halten, die offiziell erklären, daß sie das Verhältnis Deutschlands zur Entente selbst um den Preis großer Opfer striedlich regeln wollen, die aber zugleich die Bourgeoisie zu einem nationalistischen Zustand nach dem Muster der Kemalisten animieren, und der Arbeiterklasse vorschreiben, daß das Bündnis mit Sowjetrußland sie von allen Hebeln der Gegenwart befreien würde? Die einzige Antwort darauf kann nur die sein, daß diese Leute entweder selber nicht wissen, was

Die Erklärung, die heute nachmittags Ministerpräsident Briand in Kammer und Senat über die Ergebnisse der Pariser Konferenz abgab, beginnt mit folgenden Worten: Die Regierung gibt Ihnen die Erläuterungen, die sie Ihnen über die zwischen den Alliierten abgeschlossenen Vereinbarungen schuldet. Die Konferenz war einberufen worden, um eine Verständigung über die Entlastung, über das Orientproblem und über die Reparationsfrage zu finden. Es handelte sich zunächst darum, den von den Kontrollkommissionen festgestellten Verpflichtungen an den Verpflichtungen, die die deutsche Regierung übernommen hatte, sowohl auf Grund des Vertrages als auf Grund des Abkommens von Boulogne und Spa ein Ende zu bereiten. Die französische Regierung, die berechtigt war, am 1. Januar 1921 die Anwendung der in Spa festgelegten Sanktionen zu fordern, hielt darauf, diese Frage mit den alliierten Mächten in voller Klarheit zu erörtern; es war ihr Wunsch, daß vor ihren Augen die Mäßigung festgelegt wurde, von der sie nicht aufgeben hat, bei der Verfolgung ihrer unantastbaren Rechte einen Beweis zu liefern.

Nachdem Briand erklärt hatte, daß die verschiedenen militärischen Sachverständigen die entschiedensten Maßnahmen verlangt hätten, namentlich Auflösung und Entwaffnung der unregelmäßigen Organisationen, legte er, die Entwaffnung bilde namentlich für Frankreich eine vitale Frage der Sicherheit. Die französische Delegation habe deshalb in energischer Weise darauf gedrungen, daß in allen Punkten die Vertragsklauseln und die Verpflichtungen bezüglich der verschiedensten Probleme in vernünftiger Freiheit, aber unter Androhung von Sanktionen, die ihre Ausführung sichern, geklärt werden könnten.

Nachdem diese Frage zur Zufriedenheit von Frankreich geregelt gewesen sei, habe die Konferenz die Reparationsfrage in Angriff genommen. Die Größe der Schuld, selbst wenn man nur die ins Auge fasse, die durch den Friedensvertrag von Versailles vorgeschrieben sei, habe vor den alliierten Völkern ein Problem nicht nur finanzieller, sondern auch politischer Art aufgeworfen.

So schwierig es auch gewesen sei, eine Lösung zu finden, so hatten sich doch die Alliierten verständigt, daß diese Frage auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werde, denn die Zeit war da, um die Unsicherheit zu beseitigen. So ungeheuer verwickelt die ganze Angelegenheit war, so galt es doch, sobald wie möglich das Gleichgewicht der Wirtschaftsverbindung wieder herzustellen. Frankreich befinde sich in der materiellen und moralischen Notwendigkeit, daß seine verwüsteten Provinzen entlastet und wieder aufgebaut werden müßten. Wie die Ministererklärung es bereits angekündigt habe, hätte man sich vor dem Unlöslichen beugen müssen. Deshalb sei man vor folgende Punkte gestellt worden: von Deutschland sofort die Zahlung von Beträgen, die so hoch wie möglich bemessen werden, zu verlangen, damit man mit ihrer Realisierung rechnen könne. Das sei unerlässlich gewesen, nachdem zwei Jahre seit dem Waffenstillstand verstrichen seien, während deren Frankreich einige zehn Milliarden Vorschüsse anstelle des sich entziehenden Deutschlands geleistet habe.

Berliner Stadtverordnetenversammlung

Kleider und Schuhe für Erwerbslose

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde eine Vorlage über den Erlass barer Auslagen und entgangenen Arbeitsverdienstes an ehrenamtlich tätige Bürger beraten. Die von einem Ausschuss einstimmig beschlossene Vorlage stieß bei den bürgerlichen Parteien auf „Sparsamkeitsgründen“ auf Widerstand.

Stadt. Freund (U. S. V.) verwies darauf, daß die bürgerlichen Parteien nur aus agitatorischen Gründen im Plenum die Vorlage ablehnten, im Ausschuss hätten sie sich damit einverstanden erklärt.

Die Vorlage wurde in der vom Ausschuss vorgelegten Fassung gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Die Beratung wurde dann unterbrochen, um in einer gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zur Vornahme der Wahl eines ordentlichen und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Wasserbeirates der Provinz Brandenburg und der Stadtgemeinde Berlin zu treten. Ohne Debatte stimmte die Versammlung den gemachten Vorschlägen zu. Damit sind die Stadträte Herten, Baurat Hahn und Stadt. Paul John (U. S. V. D.) gewählt.

Die Beratung über die Wohnungsursteuer wurde auf Antrag des Stadts. Hirsch (S. V. D.) an den Ausschuss zurückverwiesen.

Bei der Beratung der Vorlage betr. Weiterführung des Betriebes „Versorgung der Erwerbslosen mit billiger Kleidung und Schuhwerk auf Abzahlung“ kam es zu einer lebhaften Debatte.

Stadt. Dittmann (U. S. V. D.) begründete dazu mehrere Anträge seiner Fraktion. Ein Antrag verlangt, daß der Magistrat beauftragt wird, von der Reichsregierung eine Summe von 10 Millionen zur Weiterführung der Groß-Berliner Kostensarbeiten zu verlangen.

Stadt. Paeth (D. Nat.) wandte sich gegen die Vorlage und die dazu gestellten Anträge.

Stadt. Rosemann (U. S. V. D.) trat für die Magistratsvorlage ein. Er begründete dann einen von der Unabhängigen Fraktion gestellten Antrag, der verlangt, daß ein Rändiger Ausschuss eingesetzt werden soll, der mit den in Frage kommenden bereits bestehenden Deputationen die produktive Erwerbslosenfürsorge in jeder Weise durchführt. Dieser Ausschuss hat einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der mit Unterstützung des Magistrats sofort bei der Regierung vorstellig werden soll, um von dieser die Bereitstellung größerer Mittel evtl. darlehensweise zu fordern. Sen. Stadts. Rosemann erklärte, daß der fürderlichen Kot der Erwerbslosen allein mit der Zahlung der Unterstützung nicht auszukommen sei. Wenn wir deshalb zur produktiven Erwerbslosenfürsorge übergehen sollen, müssen dazu aber auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Er beantragte deshalb, den vorliegenden Antrag anzunehmen.

Stadt. Weisse (U. S. V. D.) trat für die Annahme der Magistratsvorlage ein. Darüber hinaus werde der Magistrat alles tun, was er für die Erwerbslosen tun kann.

Stadt. Jahn (Wirtschaftl. Ver.) rief den heftigen Widerspruch der Mehrheit des Hauses mit der Bemerkung hervor, daß die vorliegenden Anträge durch deren Annahme den Erwerbslosen gelassen werden sollte, Wert seien, in einem Ausschuss begraben zu werden.

Stadt. Probst (S. V. D.) bedauert, daß die Vorlage erst jetzt zur Beratung komme. Seine Fraktion könne nicht für die Anträge der Kommunisten einzeln, da diese praktisch undurchführbar seien. Er empfiehlt deshalb einige Abänderungsanträge, die gemeinsam mit den Anträgen der U. S. V. D. in einem Ausschuss schleunigt beraten werden sollen.

Stadt. Weisse (U. S. V. D.): Es würde auf die Staats- und Reichsregierung den besten Eindruck machen, wenn die Stadtverordnetenversammlung den einmütigen Willen zur Vornahme der Kot der Erwerbslosen zeigen würde. Dadurch würden die Verhandlungen, die der Magistrat mit der Reichs- und Staatsregierung über Gewährung von Mitteln zur Hebung der Arbeitslosigkeit, zum Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge führen muß, einen größeren Erfolg haben. Der Magistrat ist der einmütigen Ansicht, daß für die Erwerbslosen höhere Mittel bereitgestellt werden müssen. Wenn die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht ausgebaut werden kann, dann müsse eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einreten.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Magistratsvorlage. Alle übrigen Anträge zu diesem Punkt werden mit 30 gegen 55 Stimmen einem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen, die ohne Debatte angenommen wurden, schloß der Stadtverordnetensprecher Dr. Weigl um 9 1/2 Uhr die Sitzung.

zeitig eine Untersuchung einleiten müssen dann wäre in die Sache nicht die große politische Bedeutung hineingetragen worden.

Reichsfinanzminister Wirth: Die Angelegenheit Erzberger ist vom Finanzamt geprüft und abgeschlossen worden. Der Fall ist bei der Staatsanwaltschaft.

Abg. Dr. Riese (D. Sp.) lehnt es ab, ein Urteil über den Fall Kerkhoff zu fällen oder die Sache politisch auszusprechen.

Abg. Dr. Berg (U. S. V.) kritisiert zunächst die juristischen Spitzfindigkeiten des Abg. Riese, die einem Reklamationsverfahren des Abg. Kerkhoff gleichkommen. Helfferichs jetzige Rede klingt schon ganz anders, als vor einigen Tagen. Damals haben die Deutschnationalen ohne weitere Prüfung eine Ehrenerklärung für Kerkhoff verlangt. Was hat der Finanzminister gegen den Präsidenten des Finanzamtes Hohwinkel unternommen? Die nahen Beziehungen zwischen den Finanzämtern und den Besitzenden müssen jedes Vertrauen in diesen Behörden erschüttern. Der Fall Kerkhoff ist umso bedeutender, als gerade er Beamten des Wirtschaftsministeriums „Korruption der Gesinnung“ vorgeworfen habe, er, der doch selber unzählige Korruptionsverfahren vorgenommen habe. Das Ergebnis des Disziplinarverfahrens gegen den Staatssekretär Hirsch muß endlich veröffentlicht werden, angeblich wird es von Kerkhoff zu verschleppen gesucht.

Der Vorsitzende erwidert dem Reichsfinanzminister, sobald das Verfahren v. d. A. abgeschlossen ist, dem Hauptauschuss weitere Mitteilungen zu machen.

Halten wir zunächst die Tatsachen fest, die die persönliche Seite des Falles Kerkhoff betreffen, so ergibt sich das gerade die Aktien gestohlen worden sind, die für die Nachprüfung der Steuererklärung Kerkhoffs unentbehrlich sind. Inwieweit das mit der Person Kerkhoffs in unmittelbarem Zusammenhang steht, wird Gegenstand der schärfsten Untersuchung sein müssen. Bei den engen Beziehungen aber, die zwischen Finanzämtern und der Großindustrie zu bestehen scheinen, insbesondere bei der Häufung der höchst eigenartigen Umstände, die in diesem Fall vorliegen, kann wohl kaum in Abrede gestellt werden, daß vieles für die Annahme spricht, daß dem Diebstahl der Aktien ein von bestimmter Stelle ausgehender Plan zugrunde liegt.

Diese Vermutung wird umso glaubhafter, als die späteren Mitteilungen des Finanzministers Wirth im Ausschuss jeden Zweifel daran beseitigt haben, daß der Leiter des Finanzamtes Hohwinkel sich einer völlig unzulässigen, wenn nicht gar in hohem Maße strafbaren Handlungsweise durch die Fälschung der Feststellungen des Landesfinanzamtes und durch die Ausfertigung der sogenannten „Ehrenerklärung“ schuldig gemacht hat. Wer eine derartige gegen seine Dienstpflichten verstoßende Handlung begeht, rechtfertigt den Verdacht, als wenn er mit dem Träger unter einer Decke stecken würde.

Auf die Frage, was mit diesem sauberen Herrn geschehen werde, hat der Finanzminister im Ausschuss keine Antwort erteilt. Wir erwarten aber, daß er sie schleunigst nachholt, denn die Deffinitivität muß Sicherheit haben, daß Beamte, die unter dem Verdacht solcher strafbaren Handlungen stehen, auch nicht einen Tag länger in ihrem Amte bleiben dürfen. Das ist umso notwendiger, als mit allen Mitteln verhindert werden muß, daß die Steuerdrückerei geredet allergrößten Stils, die die Besitzenden mit Hilfe ihrer Beziehungen zu den leitenden Männern der Finanzämter durchzuführen suchen, weiter um sich greift. Denn die Steuerfurch der Besitzenden ist bereits in unterbrochenem Steigen begriffen, und neben dem Versuch, die Besteuerungen abzubauen, läuft auch das Bestreben der einzelnen, sich ihren Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit ohne Rücksicht auf die Lauterkeit ihrer Mittel zu entziehen.

Das grellste Licht aber ist durch die Verhandlungen des Ausschusses auf die Deutschnationalen geworfen worden. Obwohl den Helfferich und Westarp durch die Mitteilungen des Finanzministers Wirth bekannt war, welche schweres Anlagematerial dieser gegen Kerkhoff hatte, haben sie ihn durch Drohungen zu zwingen gesucht, eine Ehrenerklärung für Kerkhoff abzugeben. Jetzt aber beteuern sie ja ein heilig, sie hätten sich nie der Ausklärung widersetzt und hätten sie geradezu gewünscht, während ihr gegenständliches Bestreben von Anfang an durchaus deutlich gewesen ist.

Das ist das böse Gewissen der Schuldigen, derjenigen Männer, die durch ihre Politik während des Krieges erst die Korruption zu der ungeheuerlichen Gefahr für das öffentliche Leben, und die Rechtschaffenheit unserer Zustände gemacht haben, zu der sie jetzt geworden ist.

Neben Kerkhoff stehen deshalb jetzt die Helfferich, Westarp, Hergt und Genossen auf der Anklagebank. Sie müssen das Schicksal dieses ihres Gesinnungsgenossen teilen. Und wie die Staatsanwaltschaft die Aufgabe hat, mit allen Mitteln in das dunkle Buch der Steuerhinterziehungen von Kerkhoff hineinzuleuchten, so müssen die Wähler am 20. Februar mit den Deutschnationalen abrechnen, die nicht nur die ungeheure Korruption auf dem Gewissen haben, sondern auch ihre Ruhmlichkeit mit allen Mitteln zu schützen suchen.

Revolutionspielereien

Verhaftungen in Magdeburg und Stendal

Das Magdeburger Volkspolizeipräsidium gibt bekannt, es sei den Behörden in Stendal und Magdeburg gelungen, kommunistischen Putschplänen auf die Spur zu kommen. Schon in den nächsten Tagen sollte von Stendal aus losgeschlagen werden. Die Ermittlungen hätten zur Verhaftung einer ganzen Reihe von schwer belasteten Personen in Stendal und Magdeburg geführt. In Magdeburg sei auch der kommunistische Führer Albert Vater verhaftet worden, weil bei der Durchsuchung des Bureaus der K. V. D. schwer belastendes Material gegen ihn gefunden worden sei. Die Verhöre der Angeklagten sollen sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 richten, durch die die Organisation von militärischen Verbänden unter Strafe gestellt wird.

Wie uns aus Magdeburg dazu mitgeteilt wird, trifft die Behauptung, daß der Putsch auf einen bestimmten Tag festgelegt worden sei, nicht zu. Es ist der Putsch auch nicht gelungen, weder in Magdeburg noch in Stendal Waffen zu finden. Die Verordnung des Reichspräsidenten richtet sich aber in erster Linie gegen die Bildung bewaffneter Haufen, wie sie von den Freikorpsführern nach dem Kapp-Putsch allenthalben vorgenommen wurde. Damit wird auch die aufgeregte Meldung des Magdeburger Polizeipräsidiums auf das Maß des Tatsächlichen zurückgeführt. Wie im Ruhrgebiet, so handelt es sich anscheinend auch in Magdeburg bei den Verhafteten um solche Personen, die einer illegalen Organisation angehört haben. Und wie im Ruhrgebiet, so haben sich auch in Magdeburger Bezirk Spitzel in diese Organisationen eingeschlichen und die Behörden von den Plänen in Kenntnis gesetzt, wobei es natürlich ohne starke Verhetzungen nicht abging. Es ist charakteristisch, daß die Verhaftung des Magdeburger Kommunistenführers - auf die Auslagen zurückzuführen ist, die die in Stendal verhafteten Personen der Polizei gegenüber gemacht haben. Datan ist ungehörig der Wert zu ermessen, der demartigen „illegalen“ Organisationen beizulegen ist.

Die tun, aber daß sie aus agitatorischen Gründen bewußt ein betrügerisches Gaukelspiel treiben.

Der Abgeordnete Levi hat in seiner Rede unter anderem auch auf die kritische Lage im vergangenen Sommer Bezug genommen, wo die deutsche Regierung zur Zeit der russischen Offensive gegen Polen nicht abgeneigt schien, dasselbe Spiel zu beginnen, das gegenwärtig Enver Pascha und Kemal Pascha treiben. Wir sind dem Abgeordneten Levi dankbar, daß er diese Frage berührt hat, denn das gibt uns die Gelegenheit, Vorgänge und Beziehungen aufzuklären, über die in breiten Kreisen der Arbeiterschaft noch vielfach falsche Vorstellungen herrschen. Als im Spätsommer vorigen Jahres die siegreiche Offensive der Roten Armee gegen Polen einsetzte, waren es die Kommunisten, wie auch die neukommunistischen Elemente in unserer Partei, die von der Ueberrennung Polens, der Errichtung der polnischen Räterepublik, dem Vordringen der Sowjettruppen nach Ostpreußen träumten, und die daran weitgehende Hoffnungen auf eine neue revolutionäre Erhebung in Deutschland knüpften. Es bedurfte der ganzen Energie unserer Partei, um die kommunistischen und neukommunistischen Abenteurer von Aktionen zurückzuhalten, die unabsehbares Unglück über das deutsche Proletariat gebracht hätten. Die weitere Entwicklung der Ereignisse zeigte, wie berechtigt unsere Warnungen und wie töricht die kommunistische Illusionspolitik war. Die Offensive der Roten Armee brach zusammen, nicht zu einem geringen Teil infolge des Drängens der kommunistischen Armeekommissare, die trotz des Widerspruchs der Militärs ohne Rücksicht auf die ungesicherten Rückverbindungen und auf ungenügende Versorgung der vorgezogenen Truppenteile die Aktionen der Roten Armee vorzuziehen, um eine revolutionäre Erhebung in Polen wie in Deutschland heraufzubekommen. Diese Erwartungen schlugen fehl, mußten schlagartig weichen, weil sowohl in Polen wie in Deutschland, wie allen Einsichtigen bekannt war, die Vorbedingungen für eine revolutionäre Erhebung fehlten. Die einzige Folge dieser Abenteurerpolitik war eine fühlbare Niederlage Sowjetrußlands, das unmittelbar vorher vor dem Abschluß eines günstigen Friedens mit Polen und England gestanden hatte.

Welche Lehren ergeben sich aus diesen Vorgängen, auf die in einzelnen einzugehen wir uns versagen müssen, für die Gegenwart? Erstens die, daß die kommunistische Parole, die proletarischen Massen müßten „aufstehen, um Räterußland die Hand zu reichen“, entweder eine leere Phrase oder ein Verbrechen ist. Eine Phrase - wenn hinter dieser Parole das Bewußtsein steht, daß die Massen unter den obwaltenden Kräfteverhältnissen weder gegen die herrschenden Klassen „aufstehen“, noch den Wall der feindlichen Staaten im Osten durchbrechen können, um Räterußland die Hand zu reichen“. Ein Verbrechen, wenn trotz dieser Erkenntnis der Wille bestehen sollte, das deutsche Proletariat in ein Abenteuer hineinzureißen, bei dem lediglich der deutsche Nationalismus und der Ententeimperialismus der lachende Dritte sein würde.

Die zweite Lehre, die sich aus den Vorgängen des letzten Sommers ergibt, ist die, daß alle Spekulationen auf ein „Schutz- und Trugbündnis mit Sowjetrußland“ ein Verbrechen an der russischen Revolution sind. Sowjetrußland braucht den Frieden, um überhaupt existieren zu können. Es braucht jeden freien wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland und mit der ganzen Welt, um seine zerstörte Wirtschaft aufzubauen, es kann aber keine kriegerischen Experimente im Westen unternehmen, wenn es nicht gemeinsam mit dem deutschen Proletariat untergehen will. Wirth hat Kadek in seiner Schrift gegen die Hamburger Nationalsozialisten vor einem Jahr während der Kopenhagener Konferenz, daß das Wort von der „Entscheidungsfrage nach dem Rhein“ eine verbrecherische Utopie sei, da nicht nur die französischen Chauvinisten, sondern auch große Teile der französischen Arbeiterklasse gegen eine deutsch-russische Armee kämpfen würden. Und auch Lenin hat in seinen „Kinderkrankheiten des Kommunismus“ sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß eine siegreiche Arbeiterrevolution in Deutschland sich auf ein längeres Bestehen des Versailler Friedens, also auf die Durchführung aller seiner Bedingungen und auf den Verzicht auf alle kriegsgerischen Pläne werde einrichten müssen.

Wir zweifeln nicht, daß alle Elemente in der kommunistischen Partei, die auch nur eine Spur von Vernunft haben, diese Zusammenhänge erkennen. Aber das unbezähmbare Agitationsbedürfnis der kommunistischen Führerschaft, die nach Moskau hin aufzusehen muß, daß sie „revolutionäre“ Politik macht, veranlaßt sie, Parolen in die Massen zu werfen, die nichts weiter als neue Verwirrung anstiften und die innere Geschlossenheit der Arbeiterklasse zerstören. Man könnte über dieses Treiben, das die einsichtigen Elemente der Arbeiterschaft immer mehr abstößt, mit einem Achselzucken hinweggehen, wenn nicht die Gefahr bestände, daß die Scheinrevolutionären Tiraden der Kommunisten einerseits eine neue nationalsozialistische Stimmung in Deutschland hervorrufen und andererseits den militaristischen Gruppen in den Ententeländern neue zugkräftige Parolen für die Aufspaltung der Volksmassen gegen Deutschland liefern könnten.

Weil diese Gefahr besteht, ist es Pflicht aller Klassenbewußten Arbeiter, die den Ernst der Situation erkannt haben, dem törichten Treiben der kommunistischen Querköpfe ebenso einen Damm entgegenzusetzen, wie allen Versuchen der deutschnationalen Kreise, unter Anlehnung an die nationalsozialistische Ideologie Eingang und Einfluß in den arbeitenden Schichten zu gewinnen.

Die deutschnationale Korruption

(Fortsetzung von Seite 1.)

Der Abg. Hoch fährt fort: Der Fall von den Kerkhoff leuchtet nun wieder einmal ein in die Vorgänge während des Krieges und zeigt, wie damals die erbärmlichste Schmiergeldwirtschaft bestand, und wie in jenen kaiserlichen Zeiten gerade solche Kreise ihr Bestreben trieben, die sich jetzt über die angebliche Korruption der Revolution enträuteln. Hat sich doch derselbe deutschnationale Herr von den Kerkhoff noch kürzlich hier im Hauptauschuss als hartenrenger Ankläger gegen den Staatssekretär Hirsch gegen angeblicher Gesinnungskorruption ausgespielt.

Die Korruption ist die Folge der hohen Gewinne, die bei der Durchführung des Hindenburgprogramms erzielt wurden.

Dazu hat auch das Verhalten der damaligen Regierung beigetragen, der Herr Dr. Helfferich an leitender Stelle angehört. Die Vorwürfe, die jetzt gegen den Abgeordneten von den Kerkhoff vorliegen, sind in der Tat sehr schwer. An dem Bestreben der Geheimbühler ist Herr v. d. Kerkhoff gewiß nicht unbeteiligt. Daher ist eine scharfe Untersuchung notwendig. Auch aus zufällige Verhalten des Finanzamtes Hohwinkel muß sorgfältig untersucht werden. Der Reichsfinanzminister muß alles tun, um eine ungehörige Beeinflussung durch örtliche Beziehungen zu verhindern.

Abg. Dr. Helfferich (D. Nat.): Wir haben das größte Interesse an der Aufklärung der Sache Kerkhoffs. (Lachen.) Bis hierher ist der Fall noch nicht geklärt. Im Falle Erzberger hätte recht-

# Fremdkörper in den Gewerkschaften

## Zum Wahlkampf im Holzarbeiterverband

Von einem Holzarbeiter wird uns geschrieben: Die „Rote Fahne“ verwendet einen spaltenlangen Artikel, um zu beweisen, daß Partei und Gewerkschaften eins sein müssen, und sie bezieht sich auf die Auseinandersetzungen früherer vorkriegszeitlicher Polemiken. Unter denen, die als Vertreter von Millionen in dem Internationalen Gewerkschafts-Kongress in London zusammentraten, gab es keine Meinungsverschiedenheit über das Ziel ihres Strebens: die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft. Dazu bedarf es nicht roher mechanischer Kräfte, sondern den mühsam vordringenden Klassenkampf. Jahrzehnte der ständigen Verleugung, der zähen Arbeit, des opfervollen Kampfes haben uns noch mehr der gemeinsamen Erkenntnis gegeben: wir wissen, daß zwar das volle ökonomische und politische Bewußtsein der Baumeister der sozialistischen Gesellschaft, daß aber dieses Bewußtsein nicht erreicht und nicht geschaffen werden kann, ohne den verschärften Klassenkampf. Es ist gerade die Aufgabe des aktiven Teils des revolutionären Proletariats, das in der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen vereinigt ist, diese vorwärts zu treiben. Nicht überall wird die Arbeiterklasse so zur Klarheit des Klassenkampfes gezwungen, wie in Deutschland, wo ihre engherzige, bornierte Unterwerfung, diesen auf gut preußisch vorzuziehen.

Was sollen nun die zu solcher Erkenntnis gereichten Berliner Holzarbeiter mit der auf dem Papier lebenden Moskauer Gewerkschafts-Internationalen anfangen?

Für jeden Gewerkschafter, der auf dem Boden des bewußten Klassenkampfes steht, bedeuten diese Moskauer Tendenzen nichts anderes, als ein planloses Experimentieren und raffinerende utopische Seitensprünge. In ihrer Auswirkung sind sie zerlegend, weil sie die Gewerkschaften tatsächlich dem unter Moskauer Diktat stehenden Barrikaden vorspannen. Für jeden denkenden Proletarier ist das eine geistige Verzerrung, eine Knechtschaft.

Nach der von den Kommunisten für die Wahlen im Holzarbeiterverband aufgestellten Liste sollen ausschließlich Möbelpolierer und Maschinenarbeiter die Führung übernehmen, was eine Unmöglichkeit ist.

Für die Berliner Holzarbeiter gibt es nur eine Parole:

Am 5. und 6. Februar bei den Wahlen die Liste

Freigang—Wöje.

# Der Anfang

## Die Kommunistische Bauarbeiter-Konferenz in Halle

Als der Zentralvorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes den Ausschluß von Hedert, Brandler und den Chemnitzer Ortsvorsitzenden Bachmann anordnete, haben wir vor einem allzu hitzigen Vorgehen gegen die Hauptlinge der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften gewarnt. Wir sind deswegen in der üblichen Weise von der „Roten Fahne“ angepöbeln worden, aber weil wir das gewohnt sind, haben wir uns auf eine Auseinandersetzung mit diesem Blatte nicht eingelassen. Wir finden es für besser, die Reichskonferenz der kommunistischen Bauarbeiter in Halle, vor deren Beschluß der Zentralvorstand des Bauarbeiter-Verbandes seinerzeit warnte, abzuwarten.

Sie hat nun stattgefunden. Es sind dort Bauarbeiter, Dachdecker, Ofenseher, Maler, Zimmerer und Steinmehnen vertreten gewesen, also so ziemlich alle Branchen der Bauindustrie. Bachmann, Brandler und Hedert haben die üblichen Reden gehalten, deren Wiederholung sich erübrigt. Und die Reden endeten mit der üblichen Formel, daß man die Spaltung des Bauarbeiter-Verbandes verhindern und sogar „bekämpfen“ müsse, und daß der Austritt der kommunistischen Mitglieder aus den Organisationen „Jahmensucht“ sei.

Wichtiger ist, daß ein Vertreter der Moskauer roten Gewerkschafts-Internationalen anwesend war, und daß sich die Reichskonferenz von diesem Vertreter so behandeln ließ, und nach seiner Rede selbst so handelte, als sei sie ein Kongreß der Deutschen Bauarbeiter und ausgestattet mit dem vollen Recht, für die deutsche Bauarbeiter-Schaft bindende Beschlüsse zu fassen. Was der Moskauer Vertreter über die Amsterdamer Internationale vortrug, war ebenfalls das übliche, und von Interesse ist nur der letzte Satz seiner Rede, den wir dem Bericht in der „Roten Fahne“ entnehmen. Er lautet: „Wir russischen Kollegen erwarten eine gute Vertretung der deutschen Gewerkschaften in Moskau.“

Vorlauf der Bericht fortführt:

„Es wird ein Delegierter nach Moskau gewählt und beschlossen, daß die Bezirksvereine weitere Delegationen beschließen sollen.“

Mit diesem Beschluß ist der Anschlag eines Teiles der deutschen organisierten Bauarbeiter, die Mitglieder der deutschen Bauarbeiter-Gewerkschaften sind, an die Moskauer Gewerkschafts-Internationalen vollzogen. Die unmittelbare Folge davon muß — sei es über kurz oder lang — die Position dieser Teile der deutschen Bauarbeiter von ihren Organisationen sein. Bei dem scharfen Gegensatz zwischen Moskau und Amsterdam, den der Moskauer Agent in Halle wieder betont hat, ist ein Zusammenarbeiten zwischen Gruppen, von denen die eine zu Amsterdam und die andere zu Moskau hält, in einer Organisation ein Ding der Unmöglichkeit.

Daß alle Anstalten zur festen Zusammenfassung derjenigen Mitglieder der Bauarbeiter-Gewerkschaften, die sich in Halle vertreten liegen, getroffen worden sind, geht außerdem aus dem folgenden Abzug des Berichts hervor:

„Die Konferenz hat alle organisatorischen Vorbereitungen für den Kampf getroffen. Ein Viertel der Zweigvereine muß und wird gewonnen werden, um einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Alle erreichbaren Zweigvereine werden jetzt schon an den Verbandsausschuss Anträge auf Aushebung der Ausschlüsse aus politischen Gründen stellen.“

Das ist die Organisation in der Organisation — und gegen die Gesamtorganisation. Das ist der Anfang der Zertrümmerung der deutschen Bauarbeiter-Verbände. Und es ist offenbar Hohn, wenn es im letzten Absatz der „Roten Fahne“ heißt: „Der Angriff der Zertrümmerer des Bauarbeiter-Verbandes, der Paepow und Genossen, wird zurückgeschlagen werden.“

Etwas ganz anderes muß zurückgeschlagen werden. Und das ist die Propaganda dieser Kreise, die die Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften mit revolutionärem Selbstsinn aufs Spiel setzen. Hinter ihnen steht nur eine kleine Minderheit von Leuten, die in ihrer Mehrzahl eben erst den Weg zu den deutschen Gewerkschaften gefunden haben. Sie haben nicht einmal eine eigene Postkarte, sondern sind finanziell und politisch völlig abhängig von der Moskauer Zentrale und sind infolge dieser Abhängigkeit gezwungen, alle von dort ausgehenden Befehle blindlings zu befolgen, ganz gleich, ob sie im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung sind oder nicht. Die deutsche Arbeiter-Schaft kann es sich nicht gefallen lassen, daß diese Kreise die härteste Quelle ihrer Kraft verschütten, die in der Geschlossenheit der Gewerkschaften besteht. Die Konferenz in Halle hat gezeigt, wohin die kommunistische Propaganda in den Gewerkschaften notwendig führt, sie hat von neuem gezeigt, daß sie werkschaften notwendig führt, sie hat von neuem gezeigt, daß sie alle ihre Weisungen von Moskau empfängt. Nichts geschieht ohne die russische Unterstützung und Billigung.

Die deutsche Arbeiter-Schaft muß sich dieses Beispiel als letzte Warnung dienen lassen. Es gibt keinen anderen Ausweg mehr, als die rücksichtslose Bekämpfung dieser Schädlinge der deutschen Arbeiter-Schaft.

# Periodische Reinigung

## Das Cliqueswesen bei der D. A. P. D.

Vor einigen Tagen habe die „Hamburger Volkszeitung“ mit „Sturmriemen unterm Kinn“ einen Sturmangriff auf die Kommunistische Zentrale unternommen, der sie vorwarf, daß sie für die Breitenwahl Artikel und Aufrufe voller opportunistischer Plattigkeiten versehe. Mit diesem Gewäsch müsse aufgeräumt werden, rief das Blatt aus. Die Sturmriemen haben dem Blatte nichts genützt, der Angriff ist abgeklungen worden und bei dieser Gelegenheit sind zwei kommunistische Größen zu Falle gekommen. Die „Hamburger Volkszeitung“ teilt ganz kurz mit, daß die Herren Herzog und Hommes „auf ihren eigenen Wunsch“ aus der Redaktion des Blattes ausgetreten seien.

Es scheint sich um einen bemerkenswerten „eigenen Wunsch“ zu handeln, wenn das richtig ist, was das „Hamburger Echo“ in dieser Angelegenheit berichtet. Nach diesem Blatt ist auf einer Tagung der Hamburger Kommunisten Herr Piel von der Zentrale erschienen, der den Beschluß überbrachte, daß Herzog und Hommes sofort zurückzutreten hätten, sonst würden sie von der Zentrale abberufen werden. Piel habe bei dieser Gelegenheit durchblicken lassen, daß die Zentrale der D. A. P. D. eben erst 7 Millionen von Moskau angefordert habe. Die „Rote Fahne“, die mit 7 Redakteuren und 8 Hilfsarbeitern in der Redaktion besetzt sei, verursache einen Kostenzuschuß von 500 000 Mark.

Schließlich teilt das „Hamburger Echo“ noch einiges darüber mit, wie eine Kandidatenliste bei der D. A. P. D. entstehe. Die D. A. P. D. Hamburgs hatte zur Bürger-Schaft eine Liste aufgestellt. Diese gefiel aber der Zentrale nicht und sie richtete deshalb ein Schreiben an die Hamburger Ortsgruppe, das das Blatt zu veröffentlichen in der Lage ist. Es heißt da, man habe einstimmig beschlossen, sich mit der Kandidatenliste zur Hamburger Bürger-Schaft nicht einverstanden zu erklären. Es wurde aufgefordert, sofort erneut zur Aufstellung der Liste Stellung zu nehmen. Dann folgen Vorschriften, wer die Liste führen müsse und welche Personen an aussichtsreiche Stellen zu stellen seien.

Daß eine der ersten der von Moskau angeordneten „periodischen Reinigungen“ gerade Herrn Wilhelm Herzog trifft, ist kein überl. Witz. Dieser Herr wird seit Jahr und Tag vor aller Öffentlichkeit moralischer und krimineller Verfehlungen beschuldigt. Er hat es bisher abgelehnt, den einzig möglichen Weg zur Klärung seiner Angelegenheiten zu beschreiten, nämlich seine Anklagen vor Gericht zu ziehen. Trotzdem durfte er als Vertrauensmann der Kommunisten nach Moskau fahren. Auf der Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie im September vorigen Jahres hielten seine neukommunistischen Freunde ihr schließendes Schild über ihn und bis jetzt belieh man ihn in der Redaktion der „Hamburger Volkszeitung“, von wo er täglich ganze Schmutzkübel über die Unabhängige Sozialdemokratie ausgoß. Nun ist der Herzog nicht etwa wegen seiner Bergangenheit zu Falle gekommen, sondern weil er, als der Lobber der Revolution, sich mit der kommunistischen Arbeiterpartei befreundete, die zurzeit bei der Moskauer Kirche in höherem Ansehen steht als die Zentrale der D. A. P. D.

Es gibt noch mehr Herzöge bei den Kommunisten. Abgesehen aber von diesem persönlichen Schmutz, zeigt sich bei ihnen schneller als man erwarten konnte, ein solcher Buß von Korruption, Schieberei und Cliqueswesen, daß hoffentlich bald allen Arbeitern die Augen über das wahre Wesen dieser Partei aufgehen werden.

# Nationalistische Lügen

Die „Tägl. Rundschau“ hatte im Mai 1920 den Genossen Dr. Rosenfeld wegen einer Rede angegriffen, die dieser in der Berliner Stadivereordnetenversammlung gehalten hatte. Er hatte insbesondere die völlige Unzuverlässigkeit der Einwohnerwehr im Kampfe für die Aufrechterhaltung der Republik hervorgehoben. Im Anschluß hieran behauptete die „Tägl. Rundschau“, Genosse Dr. Rosenfeld habe um so weniger Veranlassung gehabt, die Unzuverlässigkeit der Einwohnerwehr zu bezweifeln, als er sich selbst habe davon überzeugen können, wie zuverlässig die Einwohnerwehr wäre, als sie ihn nämlich durch eine Patrouille nachts um 4 Uhr in einem Spielklub der Wilhelmstraße feststellte. Die „Tägl. Rundschau“ fügte hinzu, daß Genosse Rosenfeld offenbar deshalb die Einwohnerwehr angegriffen sei, nicht eine Arbeiterwehr gefordert habe, damit er dann sicher sei, wieder im Spielklub festgesetzt zu werden. Genosse Rosenfeld hatte der „Tägl. Rundschau“ eine Verächtlichkeit geschickt, in welcher er feststellte, daß er niemals einen Spielklub besucht habe. Die „Tägl. Rundschau“ brachte die Verächtlichkeit; fügte aber hinzu, daß ihr Gewährsmann die Richtigkeit seiner Behauptung aufrecht erhalte. Daraufhin strengte Dr. Rosenfeld die Privatklage wegen Beleidigung an.

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann mit einer merkwürdigen Erklärung des Vorliegenden. Er regte nämlich einen Vergleich an und bemerkte, er könne den angeklagten Redakteur der „Tägl. Rundschau“ und wisse, daß dieser „kein Unmenschen“ sei. Als ob es auf den Angeklagten und nicht auf den Kläger ankomme! Der angeklagte Redakteur erklärte sich sofort zur Zurücknahme seiner Behauptung bereit. Genosse Rosenfeld lehnte aber einen Vergleichsvorschlag ab; er verlangte, daß zunächst die Fragen vernommen würden, die doch bekunden sollen, daß er in einem Spielklub gewesen sei.

Als erster Zeuge trat der Zahnarzt Richard Falk, Abteilungsleiter der Berliner Einwohnerwehr, wohnhaft Lindenstr. 5, auf. Dieser Mann, der vorher in der „Tägl. Rundschau“ geschrieben hatte, daß Genosse Rosenfeld von einer Patrouille seiner Abteilung festgesetzt wurde, wachte jetzt plötzlich aus eigener Sachkunde nichts darüber zu bekunden, ob wirklich Genosse Rosenfeld in einem Spielklub gewesen war. Er sagte aus, er sei eines Tages zusammen mit dem Buchdruckermeister Hendebett durch die Wilhelmstraße Patrouille gegangen. Dort sei ihm aufgefallen, daß ein Auto stundenlang vor einem Hause stand. Er habe Polizei geholt, da er angenommen habe, daß mit Hilfe des Kraftwagens Verbrechen verübt werden solle. Auf Befragen habe der Chauffeur erklärt, daß er auf einen Herrn Dr. Kurt Rosenfeld warte, der sich in dem Spielklub Wilhelmstraße 23 befinde. Daraufhin sei Hendebett in den Spielklub gegangen und habe ihm dann mitgeteilt, daß er Herrn Dr. Kurt Rosenfeld im Spielklub getroffen habe. — Verteidiger Weinberg: Wie konnten Sie sich für Berechtigten halten, in den Spielklub einzutreten? — Zeuge: Uns lag daran, festzustellen, ob sich wirklich ein Arbeiterführer, ein Gegner der Einwohnerwehr, im Spielklub befände.

Als zweiter Zeuge wurde Buchdruckermeister Hendebett, wohnhaft Marktgrabenstraße 14, vernommen. Dieser Herr war mit Falk Patrouille gegangen und in den Spielklub eingedrungen. Der Zeuge erklärt, er sei nur unter Schwierigkeiten in den Spielklub hineingekommen. Er habe an der Garderobe gesehen, er wolle Herrn Dr. Kurt Rosenfeld sprechen, darauf sei er eingetreten. Er habe ihn gesagt: „Gut Sie Herr Dr. Kurt Rosenfeld?“ darauf habe der Herr geantwortet: „Das bin ich.“ — Vorsitzender: Ist der Herr, den Sie im Spielklub getroffen

haben, der Privatkläger? — Zeuge: „Nein, das ist der Kläger nicht! Der Herr im Spielklub sah ganz anders aus.“

Verteidiger Dr. Weinberg beantragt darauf die Beurteilung des Angeklagten und führte aus, daß bei der Beurteilung berücksichtigt werden müsse, welche gemeine Verleumdung der Angeklagte dem Kläger zugefügt habe. Es würde interessant sein, festzustellen, welche Strafe das Gericht fessele, nach dem diejenigen, welche den Bringen Neuz und den Geheimrat Raff beleidigt haben, zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Die Verhandlung habe ergeben, wie recht der Kläger gehabt habe, als er die Unzuverlässigkeit der Einwohnerwehr hervorgehoben habe. Ihre gänzliche Unzuverlässigkeit habe sich gerade in der Verhandlung deutlich ergeben.

Der Angeklagte behauptete, daß der Artikel in seiner Abwesenheit von einem andern Redakteur aufgenommen worden sei. Er hat um Zurücknahme der Klage. Gleichzeitig erklärte er sich bereit, seine dem Genossen Rosenfeld beleidigende Behauptung zurückzunehmen. Es kam alsdann folgender Vergleich zustande:

Der Angeklagte erklärte, daß er auf Grund der Beweisaufnahme sich davon überzeugt habe, daß der Kläger, der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, nicht in dem Spielklub in der Wilhelmstraße gewesen sei, daß sich vielmehr eine andere Persönlichkeit, die mit Dr. Rosenfeld nicht identisch ist, für diesen ausgegeben habe. Er spricht sich bei dem Richter darüber aus, daß der auf diesem Arrium beruhende Artikel des Herrn Falk in die „Tägl. Rundschau“ aufgenommen worden sei. Der Angeklagte übernahm die gerichtlichen Kosten und verpflichtete sich, den Vergleich in der „Tägl. Rundschau“ zu veröffentlichen.

# Öffentliche Wählerversammlungen

Freitag, den 4. Februar.

Schöneberg-Friedenau. 7½ Uhr, im Bürgeraal des Friedenauer Rathauses. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Kofke.

Am Dienstag fand in den Arminhallen eine gutbesuchte öffentliche Wählerversammlung statt, die vom 1. und 5. Distrikt arrangiert war. An Stelle des Referenten Bzünig sprach der Genosse Kufbaum. In frischen Schilderungen skizzierte er die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen und die Gruppierung der Parteien für die kommenden schweren Kämpfe. Die Kommunisten hatten sich in planvoller Verteilung eingefunden und suchten die Stimmung der Anwesenden durch entsprechende laute Zwischenrufe zu beeinflussen. Einer ihrer bekanntesten Wähler Redner leitete durch eine stündige Diskussion die Geduld der Zuhörer auf eine harte Probe. Der Verlauf der Verhandlung zeigte, daß über neun Zehntel der Anwesenden sich auf dem Standpunkt unseres Referenten stellten. Den Vorlesungen der Gegner wurde eine scharfe rücksichtslose Abfuhr erteilt.

Residenzstraße, Landsberger Straße. Die Verammlung wies einen guten Besuch auf. Sie wurde eingeleitet durch zwei Gedichtvorlesungen, Lord Joleon und die Internationale. Darauf nahm der Referent, Genosse Leib, das Wort zu seinem Vortrage, der mit großer Aufmerksamkeit von starken Zustimmungen unterbrochen, entgegengenommen wurde. In der Debatte nahm Klamer von der D. A. P. D. die Zeit ungebührlich lange in Anspruch, so daß die Verammlung sehr unwillig wurde und wiederholt Schluß verlangte. Was er sagte, war so wirr und kraus, daß lebhafter Widerspruch sich geltend machte. Klamer arbeitete mit allen Kraft- und Schlagworten, und es war unserem Genossen Leib ein leichtes, ihn in seinem Schlußwort ganz gehörig abzufertigen. Seine und des Vorsitzenden Aufforderung, am 20. Februar im Sinne der U. S. P. zu wirken, fand stürmische Zustimmung.

Charlottenburg. Am 1. Februar fand im Volkshaus die erste öffentliche Wählerversammlung nach der Spaltung statt. Der große Saal war überfüllt. Genosse Künstler referierte über die Landtagswahlen. Ein von der D. A. P. D. gestellter Antrag, einen Korreferentenzulassen, wurde von der Versammlung durch Zurufe abgelehnt. Genosse Künstler rechnete mit den bürgerlichen Parteien und ihrer Steuerpolitik gründlich ab, auch zeigte er die Taktik der Rechtssozialisten in ihrem wahren Werte, und zeigte an Hand von Material, wie der Kapitalismus und die Agrarier ihren Profit zu steigern wüchten, während die Arbeiterklasse der Verelendung entgegensteuert. In der Diskussion sprach ein Kommunist, getreu der Parole: „Verleumde nur, es bleibt schon etwas hängen“, seine Behauptungen auf, am 20. Februar unsere Parteigenossen die Verammelten auf, am 20. Februar ihre Stimme unserer Partei zu geben. In seinem Schlußwort rechnete Genosse Künstler mit den Kommunisten ab, und zeigte, daß sie nicht den Kampf gegen die Reaktion führen, sondern gegen die eigenen Klassenossen. Mit einem Appell, am 20. Februar geschlossen für die U. S. P. zu stimmen, wurde die Verammlung beendet.

# An alle Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands

Uns geht folgender Aufruf zu:

Leidensgenossen! Die Tuberkulose-Erkrankung greift immer weiter um sich. Die Folgeerscheinungen des Krieges zeigen sich jetzt in ihrer ganzen Furchtbarkeit. Ein Massensterben hat die Reihen der Arbeiter-Schaft ergriffen. Männer, Frauen und Kinder des Proletariats gehen elend zugrunde. Trotzdem dieses Elend bekannt ist, kommt von keiner Seite Hilfe.

Man spricht in den Parlamenten wohl von außerordentlichen Mitteln, die zur Bekämpfung der Tuberkulose bereitgestellt werden müßten, — kommt es dann zur Entscheidung, so bewilligt man Bagatellen. Für die Erhaltung von Geisteskräften und Millionen aus den Hohenzollern werden Millionen über Millionen in den Schoß geworfen, für Lungenkranke hat man so gut wie nichts übrig.

Die Bourgeoisie läßt sich, ohne Gewissensbisse zu empfinden, von so kranken Menschen ernähren. Auf dem Elend erwer Arter erhaben sie ihre Billen und Paläste, begründen sie ihre Söldnermoral. So war es vor dem Kriege, und so ist es jetzt in weit schlimmerem Maßstabe. Die Ärzte erklären den Kranken: „Sie müssen in eine Heilstätte, Sie müssen Ihren Beruf wechseln.“ Aber die Heilstätten sind im Verhältnis zu den ausnahmsbedürftigen Kranken viel zu wenige. Berufswechsel ist leicht empfohlen, aber schwer durchzuführen. Er ist meist auch mit verringertem Einkommen verbunden und daher gleichbedeutend mit erhöhtem Elend. Die zurückbleibende Familie den Anfang einer Hungerkur. Bei dem Ernährer will man die Tuberkulose bekämpfen, und bei der zurückbleibenden Familie leidet man dieser Krankheit Vorkehr, Solange man nicht mit energischen Taten, statt mit Worten, die Eritenmöglichkeit der Kranken und deren Familien eintritt, bleibt die Tuberkulosebekämpfung eine Farce. Die beste Tuberkulosebekämpfung wäre ein Arbeitseinkommen, mit dem die Familie wirklich lebensfähig ernährt werden kann.

Leidensgenossen! Wir dürfen uns nicht ruhig und stillschweigend in unser Schicksal ergeben. Wir müssen uns zusammen-schließen. Der Hilferuf Tausender muß zu einem einzigen Hilferuf anschwellen und zwar so persönlich, daß den für unser Leid und Elend verantwortlichen Personen bei ihnen auf Kosten unserer Gesundheit stattfindenden Belagen Hören und Sehen vergeht. Die Ärzte wissen sehr genau, wie uns geholfen werden müßte, aber außer einigen wenigen sehen sie sich jedoch nicht für uns ein.

Dem ganzen Elend zu begannen, wurde der Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands gegründet. Alle Leidensgenossen, alle Männer und Frauen, müssen zusammen wirken.

Alle Anträge und Mitteilungen sind zu richten an Paul Hennig, Vorsitzender des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten, Berlin NW. 57, Wicelstraße 36, 2. Treppen.

# A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz

## Gemüse, Obst

Kartoffeln ..... 10 Pfd. 530  
 Kohlrüben gelbe, Pfd. 25 Pf.  
 Mohrrüben rote, Pfd. 25 Pf.  
 Weißkohl dän., Pfd. 75 Pf.  
 Rotkohl Holl., Pfd. 85 Pf.  
 Zwiebeln ..... Pfd. 50 Pf.  
 Rettiche Bayr., Stck. 20 Pf.  
 Schwarzwurzeln 145  
 Blumenkohl Kopf von 150 an  
 Sellerie ..... Pfd. 40, 95 Pf.  
 Märk. Rübchen Pfd. 45 Pf.  
 Maronen ..... Pfd. 225  
 Zitronen gelbe, 3 Stck. 100  
 Feigen ..... Pfd. 550

Spinat .... Pfd. 45 Pf.  
 Rosenkohl Pfd. 230

**Margarine**  
 1 Pfund-Paket 10<sup>50</sup>

## Wurst

Zwiebelberwurst 1400  
 Rotwurst ..... Pfd. 1400  
 Landleberwurst Pfd. 1900  
 Rotwurst I ..... Pfd. 1800  
 Jagdwurst ..... Pfd. 2000

**Mettwurst** nach Braunschweiger Art... Pfd. 2400  
**Mettwurst** grobe... Pfd. 2500  
**Teewurst**... Pfd. 2700

## Räucherwaren

Büchlinge ..... Pfd. 680  
 Sprotten ..... Pfd. 600  
 Räucherheringe Stck. 180

## Pudding- und Speisenpulver (gefärbt)

Schokol.-Pudding m. Zuck. 225  
 Marosi ..... Paket 150  
 Krachmandel .... Paket 150  
 Cumberland ..... Paket 175

## Fleisch

Schweineschinken 1600  
 Schweinekamm und Schuft 1600  
 Schweinebauch Pfd. 1800  
 Schweinefett ..... Pfd. 1700  
 Koteletts ..... Pfd. 1800  
 Kalbskamm und Brust Pfd. 1200  
 Kalbsnierenbraten 1300  
 Kalbskeule ganz oder geteilt Pfd. 1300  
 Geh. Rind- u. Schweinefleisch Pfd. 1400  
 Rinderkamm .... Pfd. 1400  
 Rindernierentalg ... 1500

**Salzheringe** grob, Stck. 65 Pf.  
**Fettheringe** Stck. 120

## Geflügel, Wild

Puten ..... Pfd. 1300 1500  
 Kriekenten ..... Stck. 800  
 Gänsepöckelfleisch 1500  
 Hirschfleisch Pfd. von 900 an  
 Hasen gestreift .. Stck. 6000

**FrISCHE SEEFISCHE**  
 billige Tagespreise  
 Schleie lob., klein, Pfd. 1200  
 Hechte lebend... Pfd. 1350

## Käse

Landkäse ..... Pfd. 740  
 Stangenkäse ... Pfd. 760  
 Auslandskäse n. Harzer Art. Pfd. 975

## Kolonialwaren

Haferflocken ..... Pfd. 320  
 Gelbe Erbsen ..... Pfd. 210  
 Weiße Bohnen... Pfd. 250  
 Grüne Erbsen... Pfd. 250  
 Halbe Erbsen... Pfd. 250  
 Erbswurst Rolle 250 g 245  
 Suppentafeln Stck. 48 Pf.  
 Grünkernmehl 1/2-Pfund-Paket 230  
 Pflaumen ..... Pfd. 550  
 Gemischt. Backobst 480  
 Gemischt. Backobst 650  
 Aepfel in Scheiben ... Pfd. 530  
 Birnen ..... Pfd. 480  
 Ital. Makkaroni feine Hartweizenware

**Rangoon-Bohnen**  
 Pfund 110

**Marmelade**  
 50% Zucker, Pfd. 440  
 Dreifrucht

Nur noch bis Sonnabend: **Weißer Woche** Besonders billige Angebote

## Theater und Vergnügungen

### Volksbühne

7 Uhr: Das Postamt  
 Die Komödie der Jungen  
**Neues Volkstheater**  
 Röbenstr. 66.  
 7 1/2 Uhr:  
 Maria Magdalena

### Staatstheater.

Opernhaus  
 7 1/2 Uhr:  
 Die Entführung  
 10 Uhr:  
 Die Entführung

### Josephslegende

Schauspielhaus  
 7 Uhr:  
 Torquato Tasso

### Deutsches Theater

7 Uhr: Kabale und Liebe  
 Sommerspiele  
 7 1/2 Uhr: Der pathetische Hund  
**Großes Schauspielhaus**  
 Kaufhaus  
 7 Uhr: Florian Meyer  
 (H. Kroll, J. Bensch)

### Komödienhaus

11 1/2 Uhr: Die Gasse mit dem  
 mit Max Paillonberg  
 Eig. nachm.: Herr Walfisch  
**Königgräber Str.**  
 Täglich 11 1/2 Uhr:  
 Sekundäre Jüdische  
 mit Lucie Böllig  
 Eig. nachm.: Kaufsch

### Kleines Theater

Unter den Linden 44  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Galanos Sohn

### Heidenz-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Lady Windermere's Fächer  
 von Oscar Wilde  
 (Kroll, Bensch, Talle,  
 Kroll, Kroll, Otto,  
 Kroll, Kroll)  
 Sonntag 4 Uhr: beide Heide  
 Die Freuden

### Trianon-Theater

Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
 Der große Erlös  
**Kammermusik**  
 Leitung  
 von Heinz Blockstein  
 Sonntag 4 Uhr, beide Heide  
 Kammermusik

### Th. am Hollendorfplatz

7 Uhr:  
 Wenn Liebe erwacht ...  
**Rose-Theater**  
 7 1/2 Uhr:  
 Deserteure

### Leffing-Theater

Direkt.: Victor Barnowski  
 7 1/2 Uhr: **Flamme**  
 (Dorach, Hartmann, Klein-Rogge,  
 Fröck)

### Deutsches Schauspielhaus

Währerblick 7 1/2 Uhr:  
 Die Scheidungsreise  
 (Max Adalbert, Trause, Heisterberg)

### Thalia-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Mascottchen**

### Casino-Theater

11 1/2 Uhr: **Der Großfürst**  
 Eig. 7 1/2 Uhr: Eine kleine Ehe

### Königshof-Theater

Alexanderstr. 21 Stf. Jassowitz.  
 Täglich 7.30 Uhr:  
**Gala-Sänger**

### Folles Caprice

am Denzinger Tor  
 Der Doppelsänger  
 Der schlaue Theophil  
 mit Herb. Gröschner.

### Apollotheater

Sensations-Ausstattungschaus  
**Madame Dubarry's**  
 Liebesleben  
 mit der weltberühmten  
 Saharot

# Tivoli

Chausseestraße 25, am Steffiner Bahnhof  
 Heute u. Täglich abends 7 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr  
**Gr. Varieté - Künstler-Vorstellungen**  
 Fritz Frau  
 Otto Rieprocht  
 Leo Ernst  
 Walter-Familie  
 Gerard Minner  
 Ivon Anderson and  
 George Jenier  
**Willy Martens**  
 Otto Görn  
 Marga Scholz  
 Fred Remond  
 Tots and May  
 Nikola's dressierte  
 Hunde  
**SENTA SÖNELAND**  
**ERICH CAROW**  
 In Vorbereitung: Die Nihilistin  
 Die Direktion.



**Der lustige Spielplan**  
 F. H. Voss  
 Lars Boelcke  
 Camarosa  
 Gerardo & Gerda  
 Lena Neumann  
 Tom Vichig-Trio  
 Paul Goldfar  
 Alacks & Rokos  
 Carl Christoff  
 & Grigori  
 Walter Steiner  
 Hof Jung-Truppe

**Concordia-Palast-Theater**  
 64 Andreaskstraße 64  
 Mimikam:  
 Hilde Watter in  
 Triumph des Todes  
 Club der Hazardiers  
 Bühnenbau:  
 77 Taus 77, Carl Steinelger,  
 Elsa Robben, 2 Bergens

**Refidens-Kasino**  
 Blumenstraße 10  
 neben Refidens-Theater  
**Gr. Ball**  
 für die ältere Jugend  
 auch Sonntags

Rekonvaleszenten  
 Diätarme und Kranke trinken  
**Santa Lucia**  
 Depot: Bergstr. 34, Nord. 4008

**Kupfer**  
 Messing, Zinn usw.  
 Quecksilber, Bohngelbte  
 Platin, Gold, Silber und  
 kauft  
**Brunnenstr. 11**  
**Beußelstr. 29**  
**Fennstr. 48**  
**Weidenweg 72**

**Theater u. Kollbusch Tor**  
 Kollbuschstraße 4-7  
 Tägl. 7 1/2 u. Sonntag  
 nachm. 2 Uhr  
**Elio-Sänger**  
 Zum Schluß „Der  
 Kriegsgewinner“  
 Nachm. 11-12, u. 4-6  
 u. d. Tageskasse u.  
 Leipzig. (Hollendorfplatz)

**Bei Husten**  
 Heiserkeit, Asthma  
 u. Lungenleiden hat  
**San-Rat**  
**Dr. Wegscholders**  
**Brust-Tee**  
 nach Original-Rezept  
 seit Jahren ärztlich  
 empfohlen und bewährt.  
 In Pak. 1/2 u. 1/1 9.50  
 Elefant- u. Apotheke,  
 Berlin 303, 101  
 Leipziger Straße 74  
 (Hollendorfplatz)

**Enthaarung!**  
 Größtenteils u. alle häßlichen  
 Körperhaare entfernt. In-  
 schmerzlos, u. radikal, „Depilator“  
 durch Abheben der Wurzel  
 allmählich u. für immer. Garantiert,  
 unabhängig von Jahreszeit,  
 unbeschädigt. 10.-, verfrachtet  
 11. 18.-. **Otto Reiche**,  
 Berlin 46, Eisenbahnstr. 4.

**Möbel**  
 laqueierte Zahlungswaare  
**GREBLER**  
 Weinbergweg 4

**Quecksilber, Zinn**  
 kauft Max Goldschmidt 2776.  
 Telefon: Hollendorf 2776.  
 Erwerbstätige Frauen!  
 Besucht den Katalog von Kauf  
 und... (Hollendorfplatz) gegen Eins  
 sendung von 50 Pf., von der  
 Buchhandlung „Freiheit“, Berlin  
 Straße 40.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der  
 Dreher  
**Johann Benedikt**  
 Sülzenerstraße 10, am 27. u. März, gestorben ist.  
 Ruhe seinem Andenken!  
 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**  
 Für die herrliche Zeit  
 während der  
 Krankheit und des Todes  
 meines lieben Mannes  
 und besten Freundes  
 sage ich allen Verwandten,  
 Freunden und Bekannten,  
 sowie den Kollegen, Ber  
 raten und Schwestern  
 und den Mitarbeitern des  
 Hauses Tellerstr. 2  
 meinen herzlichsten Dank.  
 Anna Winkelmann  
 nebst Kinder.

**H. G. B. D. / Sterbefall**  
 3. Bezirk. 2. Abteilung.  
 Am 1. d. d. verstarb unser  
 langjähriger Genosse  
**Fritz Baudis**  
 (Hollendorfplatz 24).  
 Einsegnung Montag  
 nachm. 3.30 Krematorium  
 Gräberstr. 1.  
 Bitte Bestattung nicht  
 erwarten.  
 Ruhe seinem Andenken!  
 Der Verband.

**Wiederverkäufer!**  
**Gaußierer! Händler!**  
 Wir offerieren feilbleibend, solange Vorrat!  
 50 cm Rücken ... 13,75 130 cm Frau-Chenille ... 21,50  
 100 cm Rücken ... 23,75 Herren-Barchente ... 9,50  
 50 cm Rücken ... 10,75 Damen-Barchente ... 8,50  
 50 cm Rücken ... 10,50 Herren-Barchente ... 39,75  
 100 cm Rücken ... 29,50  
 Nur prima Ware!  
 Muster werden nicht versandt!  
 Lagerbesuch löhrend!  
**Hugo & Oskar Rosenthal**  
 Berlin, Klosterstraße 93  
 Engros Leinen- und Baumwollwaren. Export

# Maß-Anfertigung

von Herrenkleidern in künstlerischer Vollendung  
 Die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe sind erstklassige  
 Fabrikate des In- und Auslandes, die Preise maßig!

**Einsegnungs-Anzüge:**  
 in Blau, Marengo und schwarzen Farben, ein-  
 und zweireihig, mit u. ohne Gurt, aufgesetzten  
 Taschen und Hosenumbug; nur aus guten und  
 haltbaren Stoffen gefertigt, an-  
 fangend mit ..... M. 290.-

**Gesellschafts-Anzüge:**  
 Smoking-, Frack-, Gehrock-Anzüge, Cutaway  
 und Westen aus prima Stoffen, nach neuester  
 Modellen gefertigt.

**Stoffverkauf:**  
 Kammergarn u. Cheviot, glatt u. gemustert, bis zu  
 den besten Qualitäten. Selbst die billigsten Stoffe  
 sind keine Kriegsware, sondern haltbar und  
 geschmackvoll gemustert. Anfangend mit M. 55.-  
 per Meter mit .....

**Gummimäntel:**  
 1. groß. Ausw., außergewöhnl. billig. Hochseesicht.  
 u. mit Fess., mit u. ohne Gurt, einfache  
 od. Regenanmäntel. Anfangend mit M. 370.-

**Nur** **BaerSohn** **Keine**  
 eine Verkaufsstelle **Filialen mehr**

**Nur** Chaussee-Straße 29-30 **Nur**

# Proletarische Jugend

Sammlung sozialistischer Jugendchriften  
 Soeben erschien Heft 1  
**Arbeiterjugend**  
**und sexuelle Frage**  
 Zweite durchgesehene u. verbesserte Auflage  
 Von Hans Hackmack  
 Preis 2.50 Mk.

Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

# TRADITION

## PROBLEM

Garantiert erste Qualität

### Groß-Berlin

#### Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Morgen, Sonnabend, bis 5 Uhr Flugblattausgabe im Verbandsbureau an alle Ortsgruppen für die am Sonntag, 6. Februar, vormittags 9 Uhr, in Groß-Berlin stattfindende allgemeine Flugblattverbreitung.

#### Zur Wahlbewegung

Die Wahlbewegung wird lebhafter. Je näher der Wahltermin rückt, desto mehr treten die Parteien aus ihrer Reserve heraus. Die letzten beiden Wochen vor der Wahl werden eine Hochflut von Versammlungen bringen, die Flugblätter der Parteien werden in Häufen in die Wohnungen fliegen und mancher Wähler und manche Wählerin wird sich nicht recht austennen in dem Wust von Flugdriftungen. Die Angriffe der Parteien gegeneinander werden sich steigern. Die bürgerlichen Parteien nehmen es mit der Wahrheit nicht genau; sie versprechen den Wählern alles mögliche und unmögliche, wenn sie nur ihren Kandidaten die Stimme geben.

So verschieden auch innerlich diese Parteien sind, in einem sind sie sich einig: in dem Kampfe gegen die sozialistischen Parteien. Sie wissen, daß zwischen ihnen und den sozialistischen Parteien ein unüberbrückbarer Gegensatz liegt. Zwei Weltanschauungen stehen sich gegenüber, um die gerungen wird.

Aber auch unter den sozialistischen Parteien herrscht die Zerküftung. Die Rechtssozialisten, die mit dem Bürgertum Frieden gemacht haben, wollen den Klassenkampf nicht mehr, sie lehnen sich, wie das die Koalition in Preußen gezeigt hat, an die bürgerlichen Parteien an, anstatt den Kampf dagegen aufzunehmen. Auf der anderen Seite erscheinen die Kommunisten, die mit großen Worten und hohen Redensarten glauben, die Welt erobern zu können und dabei stehen ihre Worte zu ihren Taten im krassen Gegensatz. Unsere Wahlversammlungen, in denen die Redner dieser Partei ihre Weisheit zum besten geben, beweisen das alle Tage. Zwar hat die Skandalmacherei der Kommunisten, in der sie sich anfänglich gefielen, etwas nachgelassen, aber ihre Schlagworte sind nicht besser geworden. Es zeigt sich in diesen Wahlversammlungen die Erscheinung, daß immer weitere Kreise von den kommunistischen Ergüssen nichts mehr wissen wollen. Man stimmt gelegentlich einigen zutreffenden Bemerkungen zu, rückt aber allgemein von den Schwadronieren sehr deutlich ab. Das merken die Kommunisten auch und sie meinen, man wolle sie nicht reden lassen. Das ist ein Irrtum; man hat nur die alte Melodie herzlich satt. Es zeigt sich immer klarer, daß wirklich sozialistische Arbeit nur von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei geleistet wird. Die ist allerdings schmerzlicher als die Maulwurferei der Kommunisten, aber sie ist auch erfolgversprechender.

Diese unsere Arbeit muß gesteigert werden. Unsere Genossen müssen alle Kräfte hergeben und in den Dienst der Sache stellen. Erfreulicherweise wächst von Tag zu Tag der Opfermut und der Arbeitseifer unserer Parteifreunde. Andere, die weniger aktiv in den Wahlkampf eingreifen, erklären sich bereit, materiell zu helfen. Und diese Hilfe tut dringend not. Wir haben nicht die Mittel zur Verfügung, wie die bürgerlichen Gegner. Wir sind auf uns selber angewiesen. Wahlen kosten Geld, viel Geld, viel mehr als früher. Alle Parteien appellieren an ihre Leute, um sie zur Herabgabe von Geldmitteln zu bewegen. Auch wir müssen diesen Appell an unsere Parteifreunde richten, den Wahlkampf auch materiell zu unterstützen. Hoffen wir, daß dieser nicht ungehört verhallt und daß ihm freudig Folge geleistet wird.

Sammellisten können vom Bureau des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, Breite Str. 89, bezogen werden. Unser Kassierer Richard Herbst nimmt Beiträge jeder-

zeit entgegen. Wer Gelder zum Wahlfonds direkt überweisen will, kann das auf den Namen Richard Herbst, Postcheckkonto 104 560, tun.

#### Zur Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen

In den Spruch des Bezirksausschusses über die Ungültigkeit der Stadtverordnetenwahlen sind zahlreiche Kommentare geknüpft worden, welche rechtlichen Wirkungen dieses Urteil auslösen würde. Die Antwort ist sehr einfach. Zunächst gar keine. Selbst wenn das Oberverwaltungsgericht den kaum glaublichen Spruch bestätigen sollte, was aber nicht anzunehmen ist, würde nur die Wirkung eintreten, daß Neuwahlen stattfinden müßten. Die gefaßten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung werden davon nicht berührt, auch nicht die Wahlen der besoldeten Magistratsmitglieder. Eine Neuwahl der unbesoldeten Mitglieder würde sich notwendig machen, weil deren Amt nur so lange läuft, als die Stadtverordnetenversammlung lebt und alle vier Jahre ohnehin erneuert werden muß. Auch die Wahlen für die Bezirksämter werden durch das Urteil nicht berührt.

Bemerkenswert ist eine Äußerung des Herrn Dr. von Dulhag, Regierungsrat beim Staatsminister zur Vorbereitung der Verwaltungsreform, über das die Berliner Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärende Urteil des Bezirksausschusses in der neuen Nummer der „Kommunalen Praxis“. Von Dulhag erachtet das Urteil als fehlerhaft und die Berufung dagegen als erfolgversprechend. Er nimmt an, daß der Bezirksausschuß sich durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 17. Juni 1920 habe verleiten lassen, welches den Satz aufstellt, daß beim Verhältniswahlrecht Unregelmäßigkeiten bei der Wahl stets die Ungültigkeit der Wahlen „in ihrer Gesamtheit“ zur Folge haben. Im vorliegenden Falle handele es sich aber nicht um eine Unregelmäßigkeit bei der Wahl, sondern um eine unrichtige Berechnung des Wahlergebnisses. Die Berechnung des Wahlergebnisses findet naturgemäß erst nach Beendigung der Stimmabgabe, also nach Abschluß des Wahlaktes, statt, hat also mit diesem nichts zu tun. Von Dulhag verweist weiter darauf, daß die Berufung an das O.V.G. ausschließende Wirkung für das Urteil des Bezirksausschusses hat, mithin die Stadtverordnetenversammlung erst durch die Bestätigung dieses Urteils ihre Befugnis verliere. Und selbst wenn diese Bestätigung erfolgte, behalte nach Auffassung des Verfassers die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ihre Rechtswirkung, wie ja auch die Beschlüsse einer Körperschaft rechtskräftig bleiben, wenn einzelne ihrer Mitglieder nicht rechtskräftig gewählt waren und deswegen ausgeschlossen wurden.

#### Wann wird Paulsen bestätigt?

Die Bestätigung Paulsens läßt noch auf sich warten. Es erregt allgemein Befremden, daß diese Sache noch weiter verzögert wird. Bekannt ist nur, daß die Ruder und reaktionären Oberlehrer den Oberpräsidenten mit Eingaben bestürmen, Herrn Paulsen die Bestätigung zu verweigern. In der sachlichen Geeignetheit Paulsens für den Posten des Stadtschulrats kann nicht gezweifelt werden und deshalb muß die Bestätigung schleunigst erfolgen, wenn das Schulwesen nicht noch mehr leiden soll als bisher.

#### Die Arbeiterrückfahrarten

Das Reichsverkehrsministerium hat nunmehr die endgültige Bestimmung über die Ausdehnung der Arbeiterrückfahrarten getroffen. Nach den neuesten Bestimmungen ist der Begriff Arbeiter auf sämtliche gegen Lohn und Gehalt beschäftigte Personen, sowie auch auf solche Personen ausgedehnt worden, die sich in Lehrstellen befinden. In Anbetracht der außergewöhnlichen Verhältnisse im Wohnungswesen, ist auch der Geltungsbereich dieser Arbeiterrückfahrarten von 50 Kilometer auf 100 Kilometer erhöht worden, wobei noch ausdrücklich betont wird, daß auch über die Entfernung von 100 Kilometer hinaus bis zu 250 Tarif-Kilometer Entfernung Arbeiterrückfahrarten, jedoch mit besonderer Genehmigung der zuständigen Eisenbahndirektion, erteilt werden können. Die Arbeiterrückfahrarten werden verabfolgt gegen einen besonderen Aufpreis, auf dem der Arbeitgeber bestanden muß, daß der Ausweisinhaber bei ihm beschäftigt ist, während die zuständige Ortspolizeibehörde bescheinigen muß, daß der Arbeitnehmer an Ort wohnhaft ist. Im allgemeinen gelten die Arbeiterrückfahrarten 7 Tage einschließlich des Lösungstages, sie dürfen jedoch nur an Tagen vor und nach Festen, sowie an Sonn- und Feiertagen benutzt werden. Die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn ist ebenso wie der Hamburg-Altonaer Stadt- und Vorortverkehr wegen des dort bereits bestehenden Ausnahmestatu von der Benutzung der Arbeiterrückfahrarten ausgeschlossen. Der Uebergang in eine höhere Wagenklasse, sowie die Benutzung von Schnellzügen ist im allgemeinen ausgeschlossen. Ebenso ist auch eine Fahrtunterbrechung nicht zulässig. Die kürzeste Ent-

fernung, auf der Arbeiterrückfahrarten ausgegeben werden, beträgt 21 Kilometer, für die 1,90 M. für die Hin- und Rückfahrt, je Kilometer also 9 Pfg. erhoben werden. 100 Kilometer kosten für Hin- und Rückfahrt 9 M. Da die Karten nicht übertragbar sind, werden zu unrecht benutzte Karten und Ausweise ohne Erlaubnis eingezogen und die Reisenden wie solche ohne gültige Fahrkarte behandelt. Die neuen Bestimmungen treten vom 1. März 1921 ab in Kraft.

Auch die Bezirksamtmitglieder bedürfen der Bestätigung. Im Anschluß an die Bestätigung des Ortsgesetzes über die Zusammensetzung der Bezirksämter hat der Oberpräsident, wie wir erfahren, den Magistrat ersucht, ihm die Wahlhandlungen über die Wahl der Bezirksbürgermeister und der besoldeten Bezirksamtmitglieder zur Entscheidung über die Bestätigung der Gewählten rechtzeitig einzulegen. Dieses Ersuchen des Oberpräsidenten stimmt sich auf § 24 Ziffer 6 des Gesetzes Groß-Berlin, worin bestimmt ist: Auf die Mitglieder des Bezirksamtes finden die für die Magistratsmitglieder geltenden Bestimmungen Anwendung, soweit sich nicht aus diesem Gesetz etwas anderes ergibt. — Da im Gesetz Groß-Berlin nichts anderes gesagt ist, vertritt die Aufsichtsbehörde den Standpunkt, daß auch alle besoldeten Bezirksamtmitglieder ebenso wie die besoldeten Magistratsmitglieder der Bestätigung bedürfen. In Stadtverordnetenkreisen sind die Meinungen hierüber sehr geteilt. Von sozialistischer Seite wird die Frage der Bestätigung verneint. Es ist daher zu erwarten, daß sich an dieser Frage noch ein lebhafter Meinungsstreit entwickeln wird.

Bezirksversammlung Berlin-Mitte. In der letzten Bezirksversammlung beantragten die Bürgerlichen, daß mit Rücksicht auf die Wohnungsnot, der Bezug nach Berlin gesperrt werde. Dieser Antrag soll sich besonders gegen die ostfälischen Zuwanderer wenden. Die Versammlung lehnte den Antrag mit 27 gegen 24 Stimmen ab, nachdem Genosse Kollmershaus es als Pflicht der Wohnungsämter bezeichnet hatte, Sorge dafür zu tragen, daß die Berliner Bevölkerung durch Zuwanderer nicht benachteiligt werden dürfe. Genosse Brendel gab dann den Bericht über die Ausschussberatung zur Besetzung des Bezirksamtes. Während die Bürgerlichen als Bürgermeister einen „Schneider“ forderten, schlugen die sozialistischen Parteien Genossen Schneider als Bürgermeister vor. Die Besetzung des Postens eines zweiten Bürgermeisters soll den Bürgerlichen überlassen werden. Zum besoldeten Stadtrat wurde Kühne (S.P.D.) vorgeschlagen. Die Angelegenheit der Aufstellung der sechs unbesoldeten Stadträte wurde nicht verhandelt. Zum Verbindungs-Kommissar mit dem Groß-Berliner Magistrat wurde Genosse Brühl ernannt.

Verwaltungsbezirk 3 (Wedding). Sonnabend, 6. Uhr, in der Schule Hankstraße 47, Fraktionsführung. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Die praktische Arbeit der Kommunisten. Im dritten Verwaltungsbereich (Wedding) wurden unter anderem in der letzten Bezirksversammlung zwei Anträge der Kommunisten einem tagenden Ausschuss überwiesen. In der Sitzung des Ausschusses am Mittwoch protestierten die Vertreter der kommunistischen Fraktion gegen die Beratung der Anträge, und verlangten Ueberweisung an eine neue durch die nächste Bezirksversammlung zu wählende Kommission, der sie dann Unterlagen und Material überweisen wollten. Trotzdem die Arbeitsfähigkeit des Ausschusses von den Vertretern der Kommunisten anerkannt wurde, trotzdem ihnen gesagt wurde, daß durch den Widerspruch die als dringlich bezeichneten Anträge wochenlang verschleppt würden, bestanden sie auf ihren Antrag. (Jedenfalls waren Direktiven und Hilfsmittel von der Zentralkasse noch nicht eingetroffen.) Der Ausschuss beschloß die Verschiebung über diese Angelegenheit einem Mitglied der kommunistischen Fraktion zu übertragen. Das bezeichnete Mitglied war damit einverstanden, aber bei der Abstimmung stimmten alle Vertreter der kommunistischen Fraktion dagegen. Hilfslos, ihren eigenen Anträgen entgegenarbeitend, so sieht die praktische Arbeit der Kommunisten aus.

Verwaltungsbezirk 10. Die Vorsitzenden der Parteiorganisationen vom B.B. 10 treffen sich am Sonnabend, den 5. Februar, abends 7 Uhr, bei Vater, Mühlentstr. 12, Pantom (Nähe Rathaus), zu einer kurzen, aber sehr wichtigen Konferenz.

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf). Sonnabend, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Fraktionsführung im Sitzungssaal des Reinickendorfer Rathauses, Hauptstr. 88.

Wahlbelleterung. Am Freitag, den 4. und Sonnabend, den 5. Februar werden die 1/4 und 1/2 Liter Kranfensorten voll belleteriert. Die übrige Belleterierung bleibt wie bisher.

## Carmen

Novelle von Prosper Mérimée

Übersetzt von Franz Schnack.

(12. Fortsetzung.)

Sie können sich denken, welches Vergnügen mir diese Nachricht bereitet. Ich bekam Garcia den Einäugigen bald zu Gesicht; es war wohl das scheußlichste Angeheuer, das jemals eine Zigeunerin gefangen hat: schwarz an Körper und noch schwarzer an der Seele, der schamloseste Verbrecher, der mir jemals in meinem Leben begegnet ist. Carmen kam mit ihm, und wenn sie ihn ihren Kom vor mir nannte, da hätten Sie die Augen sehen sollen, die sie mir zuwarf, und ihre Grimassen, wenn Garcia einmal den Kopf wendete. Ich war aufs äußerste entrüstet und sprach die ganze Nacht kein Wort mit ihr. Am Morgen hatten wir schon unsere Ballen gepackt und waren bereits unterwegs, als wir bemerkten, wie ein Dugend Reiter uns auf den Fersen war. Die andalusischen Prahler, die immer davon redeten, alles umzubringen, zeigten alsbald eine jämmerliche Miene. Es war ein allgemeines „Rette dich, wer kann!“ Nur der Dancatre, Garcia und ein häßlicher Bursche aus Ceja, namens Remendado, sowie Carmen verloren den Kopf nicht. Die übrigen hatten die Maulfelle im Stiche gelassen und sich in die Schluchten geworfen, wohin ihnen die Pferde nicht zu folgen vermochten. Wir konnten unsere Lasttiere nicht in Sicherheit bringen und beeilten uns deswegen, den wertvollsten Teil unserer Beute abzuladen und auf unsere Schultern zu nehmen; dann versuchten wir, uns auf den steilsten Abhängen quer durch die Klüfte zu retten. Wir warfen unsere Säcke vor uns her und folgten auf den Fersen hinabstürzend nach, so gut wir eben vermochten. Währenddessen beschloß uns der Feind aus seiner gedachten Stellung; zum ersten Male hörte ich die Kugeln pfeifen, und doch machte mir das weiter nichts aus. Schließlich ist es ja auch gerade kein Verdienst, angehts einer Frau sich vor dem Tode nicht zu fürchten. So entkamen wir außer dem armen Remendado, der einen Schuß in den Rücken erhielt. Ich warf mein Gepäck weg und versuchte ihn mitzuschleppen.

„Dummkopf!“ schrie mich Garcia an; „was sollen wir mit dem Aas? Mach ihm den Garaus und verliere die baumwollenen Strümpfe nicht.“

„Witz ihn weg!“ schrie mir Carmen zu.

Ermutigung zwang mich, ihn einen Augenblick unter dem Schutze eines Felsens niederzuliegen. Da sprang Garcia vor und feuerte ihm die ganze Ladung seiner Wkole in den Kopf.

„Der ist geschickt, der ihn jetzt noch wiedererkennt.“ sagte er und betrachtete sein Gesicht, das von zwölf Kugeln in Stücke zerlegt war.

Das war das nette Leben, das ich geführt habe. Abends fanden wir uns in einem Gebüsch wieder zusammen, alle von Müdigkeit erschöpft, ohne zu essen zu haben, und durch den Verlust unserer Maulfelle zugrunde gerichtet. Was tat da der teuflische Garcia? Er zog ein Paket Karten aus der Tasche und fing an, mit dem Dancatre beim Scheine eines Feuers, das sie angezündet hatten, Karten zu spielen. Währenddessen hatte ich mich niedergelegt, betrachtete die Sterne, dachte an den Remendado und sagte mir im Innern, wie gerne ich an seinem Plage wäre. Carmen hatte sich in meiner Nähe niedergelegt, ließ von Zeit zu Zeit ihre Kastagnetten klappern und sang dazu halblaut vor sich hin. Dann näherte sie sich mir, wie wenn sie mir etwas ins Ohr sagen wollte, und umhalsste mich zwei- bis dreimal, jaß wider meinen Willen.

„Du bist ein Teufel.“ sagte ich zu ihr.

„Ja“, antwortete sie.

Nach einigen Stunden der Ruhe war sie fort nach Gaucin, und am folgenden Morgen brachte uns ein kleiner Ziegenhirt Brot. So blieben wir den ganzen Tag in dem Besten und gingen erst während der Nacht in die Nähe von Gaucin. Wir warteten auf Nachrichten von Carmen, konnten aber keine erlangen. Am Morgen erblühten wir einen Maulfelleiter, der eine feingeliebte Dame mit einem Sonnenhirm und ein kleines Mädchen, das ihre Dienerin zu sein schien, daherführte. Garcia sagte zu uns:

„Seht, da schickt uns St. Nikolaus zwei Maultiere und zwei Frauen; mir wären zwar vier Maultiere lieber, aber tut nichts, ich mache doch mein Geschäft!“

Er ergriff seine Pistole und stieg zu dem Bode hinauf, indem er sich stets im Gebüsch versteckt hielt; der Dancatre und ich folgten ihm in kurzer Entfernung. Als wir bis auf Schußweite herangelommen waren, zeigten wir uns und riefen dem Maultierreiter zu, anzuhalten. Als die Frau uns erblickte, brach sie, statt zu erschrecken, und unser Aufzug hätte dazu schon genügen können, in schallendes Gelächter aus.

„Ah! die Dummköpfe! sie halten mich für eine vornehme Dame!“

Es war Carmen, sie war aber so gut verkleidet, daß ich sie nicht erkannt hätte, wenn sie ihre Sprache verstielt hätte. Sie sprang von ihrem Maulfelle herunter und plauderte einige Zeit leise mit dem Dancatre und mit Garcia, darauf sagte sie zu mir:

„Kanarienvogel, wir werden uns wiedersehen, bevor du gehst.“ Ich muß in ägyptischen Angelegenheiten nach Gibraltar, und du sollst bald von mir hören.“

Wir trennten uns, nachdem sie uns noch vorher einen Ort angegeben hatte, wo wir auf einige Tage einen neuen Schlafwinkel finden könnten. Dieses Mädchen war in der Tat die Verhörerung für unsere Bande. Wir erhielten bald etwas Geld, das sie uns schickte, und eine Nachricht, die für uns noch mehr wert war: daß nämlich an dem und dem Tage zwei englische Lords auf dem und dem Wege von Gibraltar nach Granada reisten. Wens jußt, der frage sich, Sie hatten gute, schöne Guineen bei sich. Garcia wollte sie ermorden; aber der Dancatre und ich widersprachen. Wir nahmen ihnen außer ihren Hemden, die wir sehr notwendig brauchten, nur ihr Geld und ihre Uhren ab.

Sehen Sie, man wird ein Schurke, ohne recht zu wissen wie. Ein hübsches Mädchen verdreht einem den Kopf, man schlägt sich ihretwegen, es passiert ein Unglück dabei, man muß im Gebirge sein Leben riskieren, und vom Schmuggler wird man zum Räuber, bevor man daran denkt. Wir kamen zu der Ueberzeugung, daß wir nach dem Ueberfalle auf die Lords in der Nähe von Gibraltar nicht mehr sicher genug seien, und gingen deshalb tiefer in die Sierra de Ronda hinein. — Sie haben mit mir von Jose-Maria gesprochen; hier habe ich mit ihm Bekanntschaft gemacht. Er führte seine Geliebte auf seinen Fahrten mit sich. Es war ein hübsches Mädchen, klug, bescheiden und von angenehmem Wesen; niemals hörte man von ihr ein ungehöriges Wort, und welche Hingebung in ihr! ... Zum Danke dafür machte er sie sehr unglücklich. Er war immer hinter allen Mädchen her, behandelte sie schlecht, dann fiel es ihm auch manchmal ein, den Eiferkräftigen zu spielen; einmal noch er sie sogar mit seinem Messer; sie aber liebte ihn nur noch mehr. Die Frauen sind nun einmal so, besonders die Andalusierinnen. Diese da war stolz auf die Nähe an ihrem Arme und zeigte sie, als wäre sie das schönste Ding von der Welt. Dazu war aber Jose-Maria noch abendreich der schlechteste Kamerad! ... Bei einem Unternehmen, das wir gemeinsam ausführten, stellte er es so klug an, daß ihm der ganze Gewinn blieb, uns dagegen die Schläge und alle Unannehmlichkeiten des Abenteuers. Aber ich will meine Erzählung wieder aufnehmen. Wir hörten nichts mehr von Carmen. Darum sagte der Dancatre:

„Einer von uns muß nach Gibraltar, um Nachrichten zu holen; sie muß irgendetwas eingefädelt haben. Ich würde gerne hingehen, aber ich bin in Gibraltar zu bekannt.“

(Fortsetzung folgt)





